

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 20. Februar 1930
12. Jahrgang, Nummer 43

Preis: Inland mit Ausnahme der Grenz- und Postgebiete, halbjährlich 0,50 RM., monatlich 0,10 RM., Einzelnummer 10 Pf. Ausland: halbjährlich 2,00 RM., monatlich 0,40 RM., Einzelnummer 15 Pf. Druck- und Postbezogen monatlich 2,00 RM., unter Strafband 2,00 RM. Anzeigenpreis: Die begehrteste Millimeterzeile oder deren Raum 12 W. Vereins- und Belegungsanzeigen 6 W. Kleinanzeigen: Die begehrteste Millimeterzeile oder deren Raum im Text 10 W. — Schluss der Inseraten-Nachnahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Spezial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitz Str. 50, Tel. 560 88.
Postfach 544. Redaktion: Breslau, Trebnitz
Straße 50, Tel. 239 02. Druckerei der Redaktion: von 12-14,
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Gleitwitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Obyeln, Kwalberstr. 11, Tel. 1364;
Görlitz, Suny 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 6-19 Uhr. Geschäftsstand:
Hauptverlagort Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Edel, Her-
lanstraße 10, m. B., Bresl. — Druck: „Neubau“, Gll. Breslau, Trebnitz, Str. 50

Nieder mit dem Sozialfaschismus!

Das deutsche Proletariat hungert. Seuchen gehen um. Fast 10 Millionen, Erwerbslose und ihre Angehörigen, sind schon heute vom Elend der Arbeitslosigkeit betroffen. Der Kapitalismus ist unfähig, seine Lohnslaven länger zu ernähren. Die Sozialfaschisten in der Regierung haben Steuergeschenke übrig für die Industriekapitäne, für die Großbankiers, für die vollgestroffenen Fürstentumskulanten. Sie haben kein Brot für die Arbeitslosen. Sie haben kein Brot für die Arbeiterkinder. Sie können nicht der Not, nicht den maßlosen Seiden der hungrigen Millionen Abhilfe schaffen. Sie können nichts für das Volk. Sie können alles für die Ausbeuter.

Die Wirtschaft zerfällt. Die kapitalistische Krise beschwört die allgemeine Katastrophe, den vollkommenen Ruin, das unerträglichste

Pflichtarbeiterstreik in Breslau

Wie wir nach Redaktionschluss erfahren, sind heute, Donnerstag, morgen sämtliche Breslauer Pflichtarbeiter in den Streik getreten. Es handelt sich um ungefähr 250 Arbeiter. Ausgangspunkt der Bewegung sind die Anträge der kommunistischen Stadtvereine, in denen die Abschaffung der Pflichtarbeit und ihre Ersetzung durch tarifmäßig bezahlte geordert wurde, da die Pflichtarbeit Zwangsarbeit darstellt. — Wir werden morgen ausführlicher über den Streik berichten.

Waffenkammern heraus. Die volle Schuld, die ganze Verantwortung für das Elend der Millionen, für ihren Hunger trifft die kapitalistische Regierung, an deren Spitze Sozialfaschisten stehen. Das ist die Situation.

Und in dieser Situation lassen die regierenden Sozialfaschisten ihre Polizeigarden, ihre Achtgroßenjungen und Biglianten auf die revolutionäre Arbeiterbewegung los. Das ist der Sinn, das ist der geschichtliche Sinn des Anschlages, den vorgestern Jörgiebel und seine IA im Auftrag der deutschen Bourgeoisie und SPD. auf das Karl-Liebknecht-Haus ausführte.

Wochen hindurch verbreitete die sozialdemokratische Presse ihre freche, giftige, schmutzige Verleumdung, die kommunistische Partei und ihr Zentralkomitee legten es darauf an, die Illegalität, das Parteiverbot für die KPD., „herauszubeschwören“. Die Polizei, die Regierung, die sozialfaschistischen Minister „dachten nicht daran“, ein solches Parteiverbot gegen die KPD. vorzubereiten. So stand es in den sozialdemokratischen Zeitungen zu lesen. Das war die Sprache von Polizeivigilanten und Achtgroßenjungen. Denn auf diese Dummheit folgte vorgestern der erste Akt des eigentlichen verbrecherischen Stückes, das die deutschen Sozialfaschisten zu spielen geben: Der Ueberfall auf das Karl-Liebknecht-Haus!

Wer fragt noch von der KPD. zu sprechen, die sich die Illegalität „wünscht“? Ferner wir vielleicht Herrn Jörgiebel beauftragt, wie in den schwärzesten Zeiten Bismarckscher Reaktion, ja schlimmer, willkürlicher als damals, das Gana und die Partei der deutschen Arbeiter-Masse zu überfallen?

Daher ist das abgekartete Komplott zwischen den sozialfaschistischen Innenministern des Reichs, Preußens, dem sozialfaschistischen Polizeipräsidenten Berlins und dem Repräsentanten der Justizbarbarei, dem Oberreichsanwalt, vielleicht auch gewünscht? Dieses Komplott, dem selbst das zuständige Berliner Gericht seine Zustimmung versagte, weil die Vorwände zu plump, weil das Spiel zu durchsichtig war!

Wir klagen die regierenden Sozialfaschisten und ihren ganzen Anhang vor der Arbeiteröffentlichkeit an. Wir klagen sie an des Polizeikomplotts gegen die revolutionäre Partei, der Lockspickelmethoden und des Polizeiterrors. Wir klagen sie an, mit ihren Anschlüssen auf die kommunistische Partei und das revolutionäre Proletariat dem Kurs des Hungers, der Erwerbslosigkeit, der Waffenausplünderung die Bahn zu bereiten. Wir klagen sie an, mit diesen Methoden brutaler Gewalt den Weg zu bahnen für die Young-Sklaverei der deutschen Arbeiterklasse.

Das deutsche Proletariat wird den Sozialfaschisten antworten, wie es ihnen gebührt. In den Betrieben zieht sie zur Rechenschaft, jene Elemente, die es etwa wagen, sich zu den Methoden des Sozialfaschismus, den Methoden der Jörgiebel, Organski und Severing zu bekennen! Verjagt sie aus allen Funktionen in Betrieb und Gewerkschaft, säubert eure Reihen!

Antwortet auf den Angriff gegen die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats, indem ihr zu Tausenden in die Reihen der kommunistischen Partei eintrittet, Leser der „Arbeiter-Zeitung“ werdet, die Sammelaktion für den Kampffonds der KPD. unterstützt!

Bei den Betriebsratwahlen, am Tage der internationalen Kampfsaktion gegen die Weltarbeitslosigkeit, dem 6. März, am Internationalen Frauentag, dem 8. März, bekundet eure unbedingbare Solidarität mit eurer Partei, der KPD!

Die Massen des deutschen Proletariats, die sich um die Partei der Deutschen Volkswirtschaftlichen Scharen wie ein lebendiger Wall von Stahl und Eisen — das ist die Antwort der Hungernden auf den Terror der Satten, das ist die Antwort der Arbeiter auf die Verbrechen des Sozialfaschismus. Und diese Antwort verbürgt den Sieg der KPD!

Belegschaften antworten Severing

Wichtige Protestkundgebungen gegen den Polizeiberfall

Gleitwitz, 20. Februar. Gestern Abend fand nach Betriebschluss eine Belegschaftsversammlung der Lokomotivwerkstatt Gleitwitz statt. Sie nahm folgende Resolution zur Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses an:

„Die Belegschaft des Eisenbahnausbesserungswerks 2, Gleitwitz, protestiert aufs schärfste gegen die von der Jörgiebel-Polizei nach juristischer Hofamethode durch die Besetzung und Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin. Die verammelten Eisenbahner sind sich einig in der Auffassung, daß, nachdem der Papst seinen Segen für den Interventionskrieg gegen Sowjetrußland gegeben hat, die deutsche Bourgeoisie freie Bahn zu diesem Krieg durch Verbot der KPD. schaffen will.

Durch die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses sollte lediglich das juristische Beweismaterial geschaffen werden. Die Arbeiter der Lokomotivwerkstatt erklären sich solidarisch mit den Arbeitern, die auf dem Hilseplatz demonstrierten, solidarisch mit allen Klassenbewußten Arbeitern und geloben feierlich, alle zur Verfügung stehenden Mittel zum Kampf gegen das Verbot der Partei, zum Schutz der Sowjetunion anzuwenden.“

Gleitwitz, 20. Februar. Gestern Abend fand eine öffentliche Versammlung im Stadtteil Petersdorf statt, die von 600 Personen besucht war. Dort wurde ebenfalls eine Protestresolution angenommen.

Hindenburg, 20. Februar. Vor mehreren Betrieben haben gestern Abend fliegende Versammlungen stattgefunden. Die empörten Belegschaften protestieren kühnlich gegen den Polizeiberfall auf das

Karl-Liebknecht-Haus und geloben, mit der Einleitung von Aktionen von den Betrieben aus zu antworten.

Deutsch-polnischer Roggenwucher verteuert

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen ist jetzt von den Regierungen unterzeichnet worden. Es ist dies nur eine Konsequenz der Young-Politik.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen birdet den arbeitenden Massen Deutschlands neue schwere Lasten auf. Die Reichsregierung verpflichtet sich hiernach u. a. zur Entschädigung der in Polen enteigneten Großagrarien. Insgesamt werden dafür mindestens 300 Millionen Mark, wovon 100 Millionen bereits als Vorshuß überwiesen sind, aus der Reichskasse gezahlt werden.

Ein wichtiger Bestandteil der neuen deutsch-polnischen Verständigung ist eine gemeinsame Aktion zur Hebung der Roggenpreise. Durch ein gemeinsames Monopolkonkordat soll unter Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz der inländische Roggenüberfluß auf dem Weltmarkt veräußert und der Inlandspreis für Roggen und Brot um so höher gehalten werden.

Nach dies wird der Reichsregierung Duzende von Millionen Mark kosten, die aus der Tasche des Proletariats genommen werden. Sie dienen für die Aufkäufe von teurem Inlandsroggen, der im Ausland zu halbem Preise abgegeben wird, wobei die Reichsregierung ganz besonders große Zuschüsse zugunsten der polnischen Roggenausfuhr zu zahlen sich verpflichtet hat.

Karsten-Zentrum-Grube beschließt Kampffaktionen und rote Betriebsratsliste

Karsten-Zentrum-Grube (Oberschlesien), 20. Februar. Eine gutbesuchte Belegschaftsversammlung der Karsten-Zentrum-Grube, die von den oppositionellen Betriebsräten einberufen war, nahm am Sonntag den Bericht vom Oppositionskongress in Biskupitz entgegen, und nahm Stellung zu den Massenentlassungen. Die Betriebsräte teilten mit, daß die Verwaltung 500 Kumpels auf die Straße werfen will. Nach einer lebhaften Diskussion wurde eine Entschliessung angenommen, in der die Belegschaft gegen die Maßnahmen der Verwaltung protestiert und die Betriebsräte beauftragt, mit den Betriebsräten der anderen Gruben die Verbindung aufzunehmen, um gemeinsam den Kampf für folgende Forderungen vorzubereiten:

- Einsetzung der Feierschichten.
- Volle Auszahlung des Lohnes für die bisherigen Feierschichten.
- Sofortige Zurücknahme der ausgesprochenen Kündigungen und Wiedereinstellung der bereits entlassenen Kollegen.
- Sofortige Einführung der Siebenstundenschicht unter Tage und der achtstündigen Arbeitszeit über Tage.

Zu der gleichen Belegschaftsversammlung wurde eine rote Kandidatenliste für die Betriebsratwahl aufgestellt. Es wurden Kollegen vorgeschlagen, die sich bisher rücksichtslos für die Interessen

der Belegschaft eingesetzt haben und die Kampfbeschlüsse des Oppositionskongresses anerkennen.

Antisowjet-Messe und 6. März

Moskau, 20. Februar. In ihrer politischen Wochenansicht bemerken die „Iswestija“, indem der Papst die Antisowjetmesse auf den 19. März anberaumt habe, habe er die zum 6. März angeordnete internationale Arbeitslosenkundgebung im Auge gehabt. Die Antisowjetdemonstration soll nach der Ansicht ihrer Urheber die Aufmerksamkeit der breiten Massen von den innerpolitischen auf die außenpolitischen Probleme lenken und den gewaltigen Eindruck des Hungermarsches der von der kapitalistischen Maschine aus den Betrieben auf die Straße geworfenen Millionen Unglücklicher abschwächen. Die Urheber der Messe beabsichtigen sicherlich auch die Auslösung von Aktionen „spontaner“ Entrüstung gegen die Vertretungen der Sowjetunion im Ausland. Das Blatt warnt vor derartigen Pogrom-Aktionen, die die Sowjetunion als mit Wissen und mit Zustimmung der betreffenden Regierungen erfolgte Kundgebungen werten wird.

Rüftet überall zum 6. März. Zerstückelt die päpstliche Kriegshetze.

Der Ueberfall auf das Karl-Liebknecht-Haus



Aufmarsch der Schupo und Spitzel vor dem Eingang der „Rote Fahne“

40 Millionen mehr für die Reichswehr

Regierung proklamiert Massenbau von Kriegsschiffen und Mietpreiserhöhung — Die Schwerkapitalisten stoßen nach, und der ADGB. gibt ihnen recht — Vorwärts zum Erwerbslosentag und zu roten Betriebsräteahlen!

Die „Kölnische Zeitung“ vom 19. Februar bringt die aufsehenerregende Meldung, daß der Reichswehretat 1930 gegenüber 1929 um die Riesensumme von 40 Millionen Mark erhöht wird. Dieser ungeheuerliche Mehraufwand für die Bewaffnung der Bürgerkriegsarmee und Marine ist durch Kabinettsbeschlüsse direkt von der Wochenhilfe, der Kriegsbeschäftigtenfürsorge und der Invalidenversicherung gedeckt worden. Denn die Reichsregierung hat beschlossen, die Ausgaben für die Wochenhilfe von 29 auf 15 Millionen herabzusetzen und statt bisher 40 in Zukunft nur noch 20 Millionen aus den Zollerträgen an die Invalidenversicherung abzuführen. Schließlich lehnte es das Koalitionskabinett auch ab, den früheren Satz von 88 Millionen für die Abschaffung der Kriegsbeschäftigten festzusetzen, sondern begnügte sich mit der Summe von 63 Millionen.

40 Millionen mehr für die Reichswehr! Da hat Herr Groener leicht, auf seine Panzerkreuzer-B-Rate zu verzichten. Er läßt seinen Bau jetzt einfach ohne ausdrücklichen Kabinettsbeschluss vorbereiten. Schreibt doch selbst die „Schwerindustrie“ „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

„Bei Einteilung der Mittel des Reichswehrministeriums wird es sich immerhin ermöglichen lassen, daß die Bauvorhaben der Marine nicht unterbrochen werden.“

Das sozialdemokratisch geführte Reichskabinett gar verläßt gestern abend in einer amtlichen Verlautbarung den Massenbau von Kriegsschiffen:

„...ein langfristiges Programm für die Ersatzbauten der Flotte wird mit dem Etatvoranschlag für 1931 vorgelegt werden und, auf eine Reihe von Jahren verteilt, die Ersatzbauten festlegen, wobei auch der Ersatz für Linien- und U-Boote vorgesehen wird.“

Während der Panzerkreuzer A und weitere Kriegsschiffe noch im Bau sind — im Reichswehretat ist dieses Jahr die dritte Rate für das Panzerschiff A vorgezogen — verpricht die mit vier Sozialdemokraten besetzte Regierung ab 1931 den umfangreichen Bau von Kriegsschiffen aller Art in noch weit größtem Maße als bisher vorzunehmen.

Kein Wohnungsbau, aber Mietpreiserhöhungen

Parallel mit der Mietaufblähung des deutschen Imperialismus und als ihr Gegenstück leitet die Regierung den Generalangriff auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen fort. In derselben Ausgabe, in der über die 40-Millionen-Erhöhung des Reichswehretats berichtet wird, meldet die „Kölnische Zeitung“, daß der Reichsfinanzminister den Landesfinanzministern vorgeschlagen habe, die

Grundvermögenssteuer bzw. die Zuschläge zu erhöhen mit der Tendenz der Umwälzung auf die Mietpreise. Ferner soll die Beteiligung des Wohnungsbaus am Erträgnis der Hauszinssteuer zugunsten des Anteils des allgemeinen Finanzbedarfs verkürzt werden.

Den Gemeinden soll das Recht zur Erhebung von allgemeinen Gemeinde-Gebühren gegeben werden.“

Molkenhauer schlägt hier mit dem Einverständnis der sozialdemokratischen Minister eine direkte Mieterhöhung vor. Er selber fordert, daß die Grundvermögenssteuer erhöht und auf die Mietpreise abgewälzt werden soll. Und damit nicht genug, will man den Wohnungsbau, den der SPD-Magistrat in Berlin bereits eingestellt hat, für alle Zukunft im ganzen Reich liquidieren. Denn die Erträgnisse der Hauszinssteuer sollen jetzt vollends für die Reichswehr und die Unternehmerinterventionen verbraucht werden. Aber es gibt anscheinend noch nicht genügend Steuern, so daß eine neue, die sogenannte Verbrauchssteuer, vorgeschlagen wird.

Die Erklärung der 220

In demselben Augenblick, in dem die Koalitionsminister eine Attacke nach der anderen gegen das werktätige Volk reiten, veröffentlicht die kapitalistische Presse eine Erklärung von 220 wirtschaftlichen, militärischen, intellektuellen und politischen Führern der deutschen Bourgeoisie, in der es heißt:

„Eine Fortführung der gegenwärtigen Finanzpolitik, die die notwendigen Heberhöhen in weitestem Umfang weigert, ist wirtschaftlich und politisch unmöglich. Die Steuern müssen insbesondere an den Stellen gesenkt werden, wo diese Senkung am wirksamsten dem Kapitalismus und der Kapitalistin zu entgegentwirkt.“

Also weiterer Steuerabbau für die Reichen. Sie wollen die Wegrückung ihres Reichtums, von der schon heute überhaupt keine Rede sein kann, „in weitestem Umfang“ verhindern. Sie wollen auch den Steuerrest, den sie bisher noch bezahlen, auf die werktätigen Schichten abwälzen.

ADGB. fordert neue Belastung der Arbeiter

Am 17. und 18. Februar hat eine Bundesauschussung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Wer da glaubt, daß da auch nur ein Wort gegen den Ausbeutungszwang gesagt worden wäre, den die Regierung auf die breiten werktätigen Schichten unternimmt, der irrt sich. Statt dessen, statt der Aufstellung und Durchämpfung eines Programms für die Entlastung der Arbeiter und die Befreiung des Besitzes, erklärte der Referent Dr. Arons nach dem offiziellen Bericht des „Vorwärts“:

„Die augenblickliche Lage erfordert ein besonderes Notopfer auch von den Arbeitern.“

Und der Bundesauschuss schloß sich dieser heißenden Verhöhnung

der nothleidenden Arbeiter mit einer Resolution an, deren einzig inhaltsvoller und entscheidender Satz lautet:

„Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen soll ein proportional festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen von Besitz und Einkommen erhoben werden.“

Es ist nicht genug mit dem Lohnsteuerabzug, nicht genug mit den neuen Steuern und Zollbelastung, nicht genug mit dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der Ausgabenfürsorge für Wochenhilfe und Invalidenversicherung, nicht genug mit der geplanten Erhöhung der Bier- und Umfahrsteuer und der Zölle auf Tee und Kaffee — die Arbeiter sollen, wenn es nach dem Willen der Leipart, Graßmann und Tarnow geht, noch ein neues „Notopfer“ bringen.

Sie werden sich dagegen wehren. Sie haben es endlich satt, die Armen, alles für die Reichen zu opfern. Sie fordern die schärfste Besteuerung der Millionäre, des Kapitalertrags der Großaktionäre und Aufsichtsräte! Aber ewig alle Werktätigen wissen, daß die vom Kapital regierte Regierung das nie tun wird, darum rufen sie selbst zu Gegenmaßnahmen. Einer der härtesten Schläge wird die Wahl der roten Betriebsräte sein, durch die überall mit den letzten reformistischen Positionen im Betrieb ausgeräumt werden muß. Der Erwerbslosentag am 6. März wird die Verbundenheit der Betriebsarbeiter mit dem Heere derer dokumentieren, die durch die kapitalistische Nationalisierung zur Dauerarbeitslosigkeit verdammt sind und für die es ebenso wie für das ganze arbeitende Volk nur einen Ausweg gibt: Die proletarische Revolution! Der Sozialismus!

Interpellation der Kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation wegen des Ueberfalls der Förgiebel-Polizei auf das Karl-Liebknecht-Haus an die Reichsregierung eingebracht, in der es u. a. heißt:

Am Morgen des 18. Februar überfielen 250 Polizeibeamte und ein Heer von Kriminalisten das Karl-Liebknecht-Haus, in dem das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands seinen Sitz hat. Ohne Angabe von Gründen wurden Türen aufgebrochen, Schreibtische demoliert und durchwühlt und geradezu vandalenhaft Akten, Materialien, Broschüren und Sammelblätter zerissen, durcheinandergeworfen und zum Teil ohne Kontrolle fortgenommen.

Alle im Karl-Liebknecht-Haus anwesenden Abgeordneten und Angestellten wurden gefangen gehalten, der Telephondienst gesperrt und das ganze Haus von Hunderten schwerbewaffneter Polizeibeamten während der stundenlangen Besetzung von der Außenwelt hermetisch abgeschlossen.

Während der Polizeiaktion im Karl-Liebknecht-Haus saukten auf dem Bülowplatz die Gummiküppel der Polizei über die Köpfe protestierender Arbeiter und ahnungsloser Frauen und Kinder. Revolver wurden nach den Fenstern des Karl-Liebknecht-Hauses gerichtet und berittene Polizei eingesetzt, die immer

wieder in die Arbeitermassen auf dem Bülowplatz hincinzitt und sie auseinanderklopft.

Diese Vorgänge bedeuten die Fortsetzung der Unterdrückungspolitik gegen das revolutionäre Proletariat und die kommunistische Partei. Nach den Polizeiberufen auf demonstrierende Arbeiter und Erwerbslose in allen Teilen des Reiches, nach dem Verbot des Roten Frontkampfbundes und nach dem allgemeinen Demonstrationsverbot in Preußen trägt der Reichsinnenminister Severing wie die gesamte Reichsregierung ebenfalls die volle Verantwortung für den Ueberfall auf das Haus des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands.

Dieser Ueberfall verfolgt den Zweck, eine legale Millionenpartei unter Mißbrauch aller Verfassungsparagraphen zu hindern bei der Organisation der Arbeitermassen gegen die Hunger- und Kriegspolitik der Reichsregierung.

Ein sichtbares Zeichen der Unterdrückungs- und Terrorpolitik gegen das revolutionäre Proletariat und die kommunistische Partei sind auch die Inhaftierung von 23 kommunistischen Redakteuren und die Maßnahmen gegen kommunistische Zeitungsverlage.

„Die Republik ist nicht zu halten“

Ein vernichtendes SPD.-Urteil über Severings Kommunistengesetz und über die SPD.

Das Gesetz zum Schutze der Republik soll die Peitsche der Trustbourgeoisie und des Sozialfaschismus sein, die sie jedem Proleten zu kosten geben, der sich gegen die katastrophalen Folgen der fortschreitenden Krise und der ausbeuterischen Young-Plan-Politik wendet. Der Hauptpreisrichter für dieses neue Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse ist der Sozialdemokrat Severing. Darum verdient es Beachtung, wenn jetzt aus sozialdemokratischem Lager mit zum Teil sehr energiegelosen Worten gegen das Republiksschutzgesetz ange- rufen wird.

Es handelt sich hierbei um eine Attacke des „linken“ Sozialdemokraten, Herrn Kurt Rosenfeld, bei dem bekanntlich Worte und Taten zwei grundverschiedene Dinge sind. Er schreibt in einem Artikel, der jetzt durch eine ganze Reihe sozialdemokratischer Blätter gegangen ist:

„Mit Straf- und Verbotsbestimmungen ist die Republik nicht zu halten. Einen wirklichen Schutz bieten nur Gesetze, durch welche der Staatsform ein sozialer Inhalt gegeben wird.“

Natürlich ist die „Republik“ nicht mit Straf- und Verbotsbestimmungen vor ihrem Bankrott zu bewahren. Aber nicht Gesetze geben ihr einen sozialen Inhalt, das kann nur die Folge des proletarischen Klassenkampfes sein, der dabei aber die Form der Republik zerstört. Es ist typisch „linken“-sozialdemokratisch, den Arbeitern vorzuschreiben, es käme nur auf „bessere Gesetze“ an, und schon sei der „soziale Inhalt“ da!

Zumehr ist es bemerkenswert, wenn Rosenfeld feststellt, daß genau so wie das frühere Republiksschutzgesetz, auch das neue „in der Praxis nur gegen Kommunisten angewendet“ werden wird.

Mit harten Worten protestiert er auch gegen die Möglichkeit der Unterdrückung von Zeitungen, Versammlungen und Organisationen, „besonders durch jede beliebige Landesbehörde“. Das sei „ein Hohn auf die Idee des Einheitsstaates. Eine Unterdrückung der deutschen Republik hat ihrer Förderung!“

Der „linke“ Held verlangt also das Recht zur Unterdrückung der Arbeiterklasse als besonderes Privileg für den sozialdemokratischen Reichsinnenminister. Voller Empörung bringt er am Schluß seines Artikels die Worte des Rajihauptlings und Innenministers von Thüringen, Frick:

„Er freute sich förmlich auf die Annahme des Republiksschutzgesetzes, daß ihm die Möglichkeit bieten werde, ganz energisch gegen den sozialdemokratischen Marxismus vorzugehen.“

Und dann ruft er gegen die Geister, die die SPD. durch

Verrat und Unterdrückung der Arbeiterklasse erst selbst herbeigezaubert hat, die SPD. zum Kampfe auf:

„In letzter Stunde möge die Partei vor diesem Gesetz gewarnt sein, das in seinen hier zitierten Bestimmungen eine schwere Gefahr bedeutet nicht nur für die Arbeiterbewegung, für die Partei und auch die Gewerkschaften, sondern auch für die Republik, die es angeblich schützen soll.“

So richtig, wie die Warnung vor dem Republiksschutzgesetz an sich ist, so deutlich enthüllt sich uns mit diesen Worten der Angriff Rosenfelds auf das Republiksschutzgesetz nur als ein Teil des Streites der falschlichen Zwillinge um Hitler und Severing darum, wer im Interesse des Trustkapitals das Erstgeburtsrecht hat, mit Hilfe des Republiksschutzgesetzes die werktätigen Massen niederzuhalten. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß für die Sozialdemokratische Partei und die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, die zu sehr wichtigen Bestandteilen der sogenannten Republik geworden sind, das Republiksschutzgesetz auch ein Mittel ihrer eigenen Verteidigung gegen die wachsende Revolutionierung der werktätigen Massen ist.

Uebrigens hat Rosenfeld gar keinen Grund, sich darüber aufzuregen, daß das Republiksschutzgesetz besonders gut in die Hände der Hitler-Hugenberg als Waffe gegen das Proletariat paßt. Die Deutschnationalen verlangen im Rechtsauschuss des Reichstages, daß nur der wegen Beschimpfung der Regierung usw. bestraft werden solle, der das böswillig macht. Dieser Antrag ist tatsächlich ein „Schutzparagraph für die Nationalsozialisten“, wie Herr Rosenfeld bemerkt. Aber Herr Rosenfeld hat nicht gegen diesen Antrag der Deutschnationalen gestimmt, sondern durch seine Stimmenthaltung ihn in der Hoffnung zur Annahme gebracht, daß so das gesamte Republiksschutzgesetz nicht scheitert!

Das Verhalten Rosenfelds ist wirklich „linken“-sozialdemokratisch.

„Rude Bravo“ wird verboten

Brag, 19. Februar. Die Redaktion des „Rude Bravo“, des Organs der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, erhielt eine Zufahrt vom Obersten Gerichtshof in Prag, laut der der Gerichtsbeschluss auf Einstellung des „Rude Bravo“, des „Deluid Konnos“ und des „Rude Secernit“ aufrechterhalten wird. Es ist jeden Tag mit der Einstellung der genannten Zeitungen durch Polizeiorgane zu rechnen.

Im Kampf gegen den Justizterror

Die Zentralvorstandssitzung der RHD.

Kampf dem Republikshubgesetz!

Entscheidende Fragen, die die gesamte deutsche Arbeiterklasse angehen, standen zur Beratung der Gesamtsitzung des Zentralvorstandes der Roten Hilfe am 2. Februar, deren Ergebnis die Aufstellung eines politischen und organisatorischen Arbeitsprogramms bildete.

Die Rote Hilfe fällt im Befreiungskampfe des Proletariats einen Frontabschnitt aus, der gerade in der heutigen Situation von immer größerer Bedeutung für die Arbeiterklasse ist: der Kampf gegen weißen Terror und bürgerliche Klassenjustiz, die Hilfe für die Opfer dieser Feinde des Proletariats.

Es war Aufgabe des Zentralvorstandes der RHD., auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Situation die kommenden Arbeiten der Roten Hilfe festzustellen. In einer einstimmig beschlossenen politischen Resolution sagt der ZV.:

„Unfähig, die Krise der eigenen Wirtschaft zu bannen, unfähig, den Hunger der Massen zu stillen, außerhande, die verelendeten Massen vom Kampfe um Besserung ihrer Lage, um Befreiung ihrer Klasse abzuhalten, muß die herrschende Klasse die letzten Reste sogenannter demokratischer Freiheit vernichten und immer offener ihre faschistische Frage enthielen.

Der wachsenden Schwierigkeit der kapitalistischen Machthaber, ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft zu halten, stehen in der Sowjetunion die Erfolge des Aufbaus des Sozialismus gegenüber.

Hier zeigt sich mit seinem Eudypogramm, dessen Durchführung mit der Vergrößerung des Erwerbslosenheeres auf 3 Millionen, mit unerhörten Steuern und Zöllen für die breiten Massen, mit ständig sinkenden Löhnen, mit Abbau der sozialen Leistungen begonnen hat.

In der Sowjetunion ist die Aufgabe, daß der gigantische Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus in seinen ersten Teilen nicht nur erfüllt, sondern weit überschritten ist. Dort vollzieht sich ein Wert des Aufstiegs eines vorher technisch rückständigen Landes zur Spitze aller bisherigen menschlichen Kultur, zum vollendeten Sozialismus, der die Befreiung jeder Rot ist.

Das zu verhindern, die riesigen Absatzmärkte und Rohstoffquellen der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken wieder kapitalistischer Ausbeutung zu unterwerfen, hier den Ausweg aus den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Verhäufung der imperialistischen Gegensätze zu suchen,

treibt die kapitalistische Welt zum Raubkrieg gegen die Sowjetunion.

Sachachen über den Terror

Die Polizei führt Bürgerkrieg

Im Jahre 1929 hat die Polizei nach einer Angabe Erganknis allein in Preußen

321 Feuerüberfälle auf Demonstrationen, Versammlungen und bei Sonderzuzügen

durchgeführt; 46 Personen wurden dabei durch Polizeikugeln getötet, 131 Personen durch Polizeischüsse verletzt.

14 948mal hat nach denselben Angaben in Preußen die Polizei mit Überfallkommandos „erfolgreich“, d. h. wohl mit Gummiknüppelattaden gegen demonstrierende Arbeiter und Versammlungen, gearbeitet.

Der Januar 1930 brachte eine ungeheure Verschärfung dieses Zustandes blutigen Bürgerkrieges der Polizei gegen die deutsche Arbeiterklasse. Die Demonstrationsverbote, die Polizeischießereien in Hamburg, Berlin, Hartmannsdorf, Worms usw. beweisen es.

Massenprozesse

Den Feuerüberfällen und Gummiknüppelattaden der Polizei schließt sich die Klassenjustiz durch massenweise Verurteilungen revolutionärer Proletarier an.

Den deutschen Klassengerichten genügt schon proletarisches Denken, um ohne das Vorhandensein irgendeiner strafbaren Handlung schwere Strafen zu verhängen. Ein typischer Fall dieser Urteilspraxis ist das Urteil eines Düsseldorf Gerichte, das einen Arbeiter wegen „Fortführung des verbotenen RHB.“ verurteilte, nur weil er im Portemonnaie ein Abzeichen des RHB. bei sich getragen hat.

Die Reichsgerichtspraxis, jedes Bekenntnis zu kommunistischen Gedankengängen als strafbare Vorbereitung zum Hochverrat zu betrachten, findet in den zahlreichen Prozessen und Anklagen gegen die Redakteure aller kommunistischen Zeitungen seinen Ausdruck. Ein Beispiel: Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Hamburger Volkzeitung“, Hoffmann, ist jetzt ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet. Die Anklage wirft ihm vor, im Zeitraum von acht Wochen in nicht weniger als 17 Artikeln Vorbereitung zum Hochverrat begangen zu haben. Nicht anders liegt der Fall Sotthmann, Redakteur der „R. Z.“, der seit Wochen rechtswidrig eingekerkert ist.

Es wäre falsch, darin etwa Entgleisungen einzelner reaktionärer Richter zu sehen.

Marg-Zitat ist Hochverrat

Es liegt hier ein System vor, daß von Regierungseite nicht nur gebilligt, sondern organisiert wird. Das zeigt die Aufhebung der Abgeordnetenimmunität kommunistischer Abgeordneter durch den Reichstag, sobald die Reichsanwaltschaft ein Hochverratsverfahren gegen sie eingeleitet hat. So haben unter anderem die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie im Reichstagsauschuß der Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Schaeffer zugestimmt, weil Schaeffer in einer von ihm verantwortlich gezeichneten Zeitschrift unter anderem den bekannten Satz von Karl Marx: „Der Aufstand ist eine Kunst“ zitiert hat.

Schon wirtschafts-wissenschaftliche Vorträge über die Sowjetunion vor bürgerlichen Intellektuellen werden als Hochverrat betrachtet.

So wurde in München der Vortrag des Univerfitätsprofessors Pawlow, Dozent der Volkswirtschaft an der Moskauer Universität, über den Fünfjahresplan der Sowjetunion, der in einer von der Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion

Mehr als 8000 revolutionäre Proletarier wurden auf Grund des alten Republikshubgesetzes ins Gefängnis und Zuchthaus geworfen. Ein Teil von ihnen, wie Rudolf Margles, ist heute noch eingekerkert. Jetzt droht der deutschen Arbeiterklasse schlimmeres als die Zuchthausbestimmungen des alten Republikshubgesetzes.

In wenigen Tagen wird der Reichstag das neue Republikshubgesetz beschließen. Ständiger Ausnahmezustand, schlimmer als zur Zeit der Militärdiktatur General v. Seeckt, soll damit gegen die deutsche Arbeiterklasse verhängt werden. Die sozialdemokratischen Väter dieses Ausnahmegesetzes haben offen die alte Begründung für das Gesetz, Schutz der Republik vor den monarchistischen Bestrebungen und Mittel des Kampfes gegen rechts zu sein, fallen gelassen. Alle gegen die Monarchisten und die schwarzweißen Mörderorganisationen gerichteten Bestimmungen des alten Gesetzes sind gestrichen. Das Gesetz ist nur gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Kommunistische Partei und gegen alle Massenkämpfe des Proletariats gerichtet.

Die Bestimmungen des alten Republikshubgesetzes sind so geändert, daß die Richter nicht nur Handlungen, sondern schon proletarisches Denken bestrafen werden.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten oder mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren soll nach diesem Gesetz bestraft werden, wer sich zur Notwendigkeit der proletarischen Revolution bekennt,

wer einer proletarischen Klassenkampforganisation angehört, mit ihr sympathisiert oder sie unterstützt.

Gefängnis nicht unter drei Monaten droht für jeden Proletarier, der Kritik an den Zuständen in der Republik, an ihren Ministern und an den Maßnahmen der Regierungen übt.

Gefängnis nicht unter drei Monaten droht schon für Sympathieerklärungen mit den Opfern dieser Terrorgesetze, mit den proletarischen politischen Gefangenen.

einberufenen Versammlung vor bürgerlichen Nationalökonomern, Schriftstellern usw. gehalten werden sollte, mit der Begründung verboten, daß er „den Strafgesetzen zuwiderlaufe“.

Schon heute verstärkte Hilfstätigkeit der RHD.

Welchen Umfang diese Massenverurteilungen und Verfolgungen revolutionärer Proletarier bereits angenommen haben, ergibt sich daraus, daß die Zahl der Rechtsbeschwerden, in denen die Rote Hilfe Proletarier gegen die bürgerliche Klassenjustiz verteidigte, in einem Vierteljahr des Jahres 1929 mehr betrug als im ganzen Jahre 1928.

Der Apparat der bürgerlichen Klassenjustiz wird zur Bewältigung dieser Arbeit der Massenverfolgung revolutionärer Proletarier vervielfacht.

Was ist zu tun?

Entsprechend den Beschlüssen ihres 3. Reichskongresses muß die Rote Hilfe den Kampf gegen diesen weißen Terror, gegen die Ausnahmegesetzgebung, gegen die faschistischen Vorkämpfe mit aller Energie führen.

Gegenüber den systematischen Angriffen auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen hat der ZV. der RHD. als die zentrale Kampfpatriole der Roten Hilfe den Aufruf an die Arbeitermassen gestellt:

Leistet aktive Hilfe der kämpfenden Arbeiterklasse! Verteidigt die Kampforganisationen des Proletariats!

Überall, wo die Angriffe gegen das Proletariat erfolgen, wo die Arbeitermassen sich dagegen zur Wehr setzen, wo sie den Kampf um ihre Befreiung aufnehmen, gilt es, eine geschlossene Front gegen Justiz- und Polizeiterror, gegen Ausnahmegesetzgebung und Faschismus zu errichten.

In den Betrieben, wo der Betriebsfaschismus seinen Terror gegen die klassenbewußten Arbeiter ausübt, wo bürgerliche Klassenjustiz und Polizei als Helfer des Unternehmertums gegen die hungernden Arbeitermassen eingesetzt werden (siehe Hartmannsdorf), muß durch Bildung von neuen Betriebsgruppen und Verstärkung der bestehenden die Rote Hilfe zu einer Massenorganisation des Kampfes gegen Betriebsfaschismus, bürgerliche Klassenjustiz, Ausnahmegesetzgebung und Polizeiterror werden.

Die proletarischen Klassenkampforganisationen, die sämtlich ohne Unterschied ihres Aufgabengebietes durch die neuen Ausnahmegesetze, durch Demonstrations- und Versammlungsverbote in ihrer Existenz und in ihrem Organisationsleben ernst bedroht sind, müssen gewonnen werden, gemeinsam mit der Roten Hilfe, als Kollektivmitglied der RHD. oder als Freunde der Roten Hilfe den Kampf gegen die Ausnahmegesetzgebung, gegen den weißen Terror zu führen. Es gilt, die Kampforganisationen des Proletariats gegen jedes Verbot, gegen jeden Versuch der Einschränkung ihrer Möglichkeiten, durch Versammlungen, Demonstrationen oder durch die Presse zu den Massen zu sprechen, mit zu verteidigen. Wie die proletarischen Klassenkampforganisationen im Kampf um die Befreiung des Proletariats zugleich auch den Kampf der Roten Hilfe führen, so muß die Rote Hilfe auch sie gegen jeden Angriff verteidigen.

Zugleich legt die wachsende Zahl der proletarischen politischen Gefangenen, der immer frecher in Erscheinung tretende Amnestiebetrug gegenüber den eingekerkerten Proletariern, die nach dem Amnestiegesetz vom 14. Juli 1928 hätten freigelassen werden müssen, der RHD. die Verpflichtung auf,

den Kampf um die Vollamnestie mit verstärkter Kraft zu führen.

Es gilt, für die Befreiung der um die Amnestie Betrogenen, der nach dem Erlaß des Amnestiegesetzes neu in die Kerker geschickten proletarischen politischen Gefangenen, der noch immer gefangenen Opfer der Militär- und Ausnahmegerichte, der wegen Notbedürfnissen, insbesondere wegen Vergehen gegen die Abtreibungsparagrafen Verurteilten, die bereits eingeleitete

Keine proletarische Organisation ist nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes davor sicher, daß ihre Mitglieder und Funktionäre, deren Angehörige und die Sympathisierenden der Organisation massenweise ins Zuchthaus und Gefängnis geworfen werden.

Nicht genug damit, bringt das neue Republikshubgesetz zugleich die rechtlichen Grundlagen zum direkten

Verbot aller proletarischen Organisationen, der gesamten Arbeiterpresse, zum Raub jeder Versammlungsfreiheit für das Proletariat.

Nichts bleibt übrig von den sogenannten demokratischen Freiheiten, wenn dieses Gesetz Wirklichkeit geworden ist.

Das ist die offene faschistische Diktatur.

Die Rote Hilfe Deutschlands ruft darum die werktätigen Massen in Stadt und Land auf:

Kämpft gegen den Justiz- und Polizeiterror, kämpft gegen die drohende faschistische Diktatur. Nieder mit dem Republikshubgesetz und dem ganzen System der Ausnahmegesetze. Verteidigt die Kampforganisationen des Proletariats!

Gebt für die Rote Hilfe, für ihren Verteidigungsfonds, daß sie auch in der schlimmsten Zeit der Massenverhaftungen, der Massenprozesse, des Arbeitermordes, den Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz und des weißen Terrors solidarische Hilfe leisten kann.

Reiht euch ein in die Rote Hilfe, in die Kampffront des deutschen Proletariats gegen Ausnahmegesetze, Justiz- und Polizeiterror, für die Vollamnestie, gegen den Faschismus!

Es lebe die Rote Hilfe!

Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands.

Massenbewegung zu einem unumwiderrlichen Aufmarsch der Millionen zu steigern. Jeder Werttätige muß gewonnen werden, sich in die Unterschriftenliste für Vollamnestie einzuzeichnen und mitzuhelfen, die Forderungen nach Vollamnestie zum Siege zu bringen.

Darüber hinaus heißt es, den Opfern des weißen Terrors und der bürgerlichen Klassenjustiz, deren Zahl sich immer mehr vergrößert, durch Rechtschutz, durch Unterstützung für sie und ihre Angehörigen, solidarische Hilfe zu bringen. Gewaltiges hat die Rote Hilfe Deutschlands auf diesem Gebiete schon geleistet, noch Größeres muß die Solidarität der Arbeitermassen jetzt vollbringen.

Der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands hat darum beschlossen, einen

Verteidigungsfonds der Roten Hilfe

zu schaffen. Alle Werttätigen müssen mithelfen, diesen Verteidigungsfonds so zu stärken, daß die RHD. allen Anforderungen gerecht werden kann.

Gebt für den Verteidigungsfonds! Jede proletarische Organisation helfe, die Verteidigungsmarken der Roten Hilfe zu vertreiben.

Es gilt, im Wettbewerb der proletarischen Organisationen zu zeigen, daß der Solidaritätswille des Proletariats stärker ist als alle Sklavenketten faschistischer Diktatur.

Rote Hilfe vor die Front!

Die ZV.-Sitzung vom 2. Februar hat in voller Einmütigkeit ihre Beschlüsse gefaßt, das politische und organisatorische Arbeitsprogramm für die kommende Zeit schwerster Kämpfe aufgestellt.

Der Bericht über die Entwicklung und den Stand der Organisation seit dem III. Reichskongreß hat ergeben, daß die Rote Hilfe allen Schwierigkeiten und Verfolgungen zum Trotz mit Vertrauen in die Zukunft sehen kann. Schon heute steht fest, daß mit vorläufig 110 000 Mark Geld- und Warenansammlungen im Werte von etwa 30 000 Mark die Ergebnisse der Winterhilfsammlung der RHD. größer sein werden, als im vorhergehenden Jahre. Trotz größerer Verelendung des Proletariats, aus dessen Großen das Hilfswerk der RHD. aufgebaut wird, trotz größerer Verfolgung der Funktionäre der RHD. durch die Polizei in diesem Jahre, trotz Ausfalls fast aller kommunalen Zuwendungen an die Rote Hilfe ist auch in der Form finanzieller Hilfe die aktive Solidarität des deutschen Proletariats gewachsen. Die Mitgliederbewegung der Roten Hilfe zeigt, daß neue Arbeitermassen der RHD. zuströmen.

Neue Kämpfer müssen gewonnen werden. Neue Betriebsgruppen und Ortsgruppen gebildet werden. Proletarische Organisationen der RHD. als Kollektivmitglieder eingereiht werden. Das Organ der Roten Hilfe, das „Tribunal“, muß die Zeitung jeder Proletarierfamilie werden.

Die Organisation muß schlagkräftiger denn je sein, um die kommenden Aufgaben zu bewältigen. Eine gewaltige Arbeit der Schulung der Mitglieder der Roten Hilfe ist noch zu leisten.

Neben dem Kampf in Deutschland dürfen die internationalen Aufgaben der Roten Hilfe, der Kampf gegen den internationalen Faschismus, die Solidarität mit den unterdrückten Massen der ganzen Welt nicht vergessen werden.

Kampf dem Faschismus, der bürgerlichen Klassenjustiz und dem weißen Terror!

Kampf der Ausnahmegesetzgebung!

Aktive Hilfe der kämpfenden Arbeiterklasse!

Rund um den Erdball

78 Arbeiter im Flammenmeer

Gewaltige Explosionskatastrophe bei der Standard Oil Company — Bisher 14 Tote und 64 schwerverletzte Arbeiter — Das Schicksal der meisten Verletzten: Blindheit! — Geblendete stürzen in Stacheldrahtzäune — Herzerreißende Szenen vor dem Krankenhaus

In einer der Standard Oil-Company gehörigen und im amerikanischen Staate New Jersey gelegenen Alkoholfabrikation ereignete sich durch das Platzen eines Hochdruck-Naphthagaskoches eine gewaltige Explosion, wodurch ein großer Kessel mit reinem Alkohol in Brand geriet und sich als riesiges Flammenmeer nach allen Seiten mit Blitzesschnelle ausbreitete. Vierundsechzig schwerverletzte Arbeiter erfüllten unmittelbar nach der Explosion die Luft mit ihrem Schmerzensgeschrei.

Wie unversehrt entkommene Augenzeugen erklären, sollen drei gewaltige Explosionen rasch hintereinander gefolgt sein. Die Alkoholdämpfe hätten sich nach allen Richtungen hin zerstreut und sich dann entzündet, wobei die Flammen in Sekundenschnelligkeit den ganzen riesigen Fabrikationsraum erfüllten.

Für die sich an der Unglücksstelle befindlichen Arbeiter war ein Entkommen aus der schrecklichen Gefahr nur durch Glückzufall möglich. Einige der Geretteten berichten, aufs Tiefste erschüttert, von dem entsetzlichen Ende zahlreicher Arbeiter,

die ganz in Flammen gehüllt, unter entsetzlichen Schmerzensschreien aus dem Gebäude stürzten, aber völlig geblindet in die Stacheldrahtzäune

fielen, die das Fabrikgelände umgeben und dort elendiglich hängen blieben.

Um ein Beispiel von der Gewalt der Explosion zu geben, sei noch erwähnt, daß 20 Zimmerleute und Maurer von einem in der Nähe der Unglücksfabrik befindlichen Baugerüst durch den Luftdruck in die Tiefe geschleudert wurden.

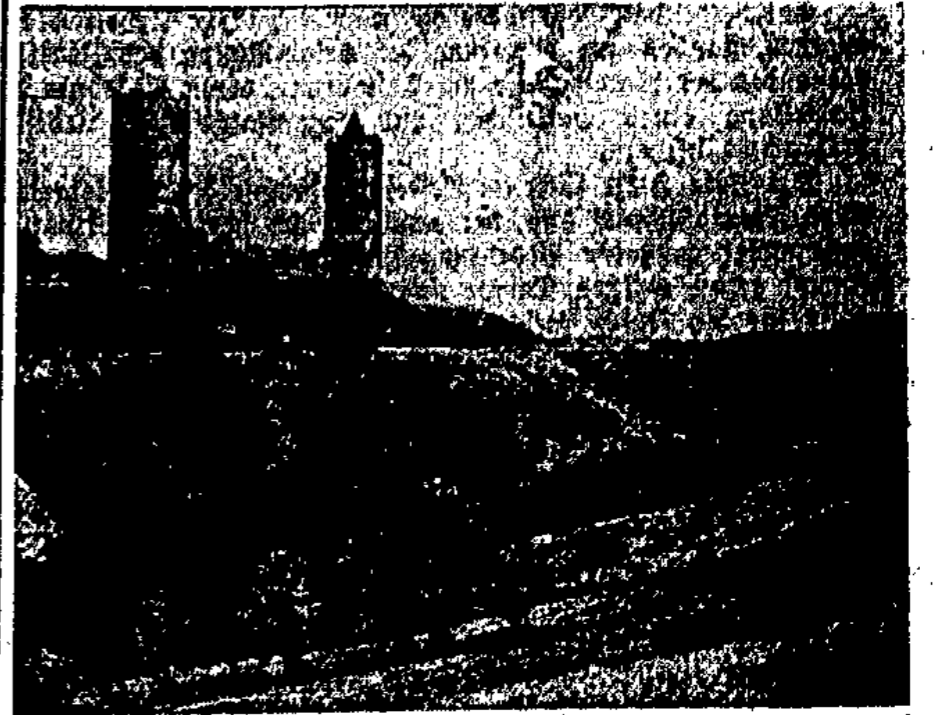
Vor dem Eingang des Krankenhauses, in das die 64 Verletzten Aufnahme fanden, spielten sich herzerreißende Szenen ab. Hier warteten Hunderte von besorgten Angehörigen der Verwundeten auf Nachricht. Wie die behandelnden Ärzte erklären müssen, sind bei der übergroßen Mehrzahl der Verletzten die Brandwunden so schwer, daß nur wenige mit dem Leben davonkommen dürften. Und das bedauernswerte Schicksal dieser wenigen sei noch vermutlich,

für immer erblindet zu sein.

In der letzten Nacht starben von den Verletzten bereits 14 Arbeiter, doch erhöht sich die traurige Zahl ständig.

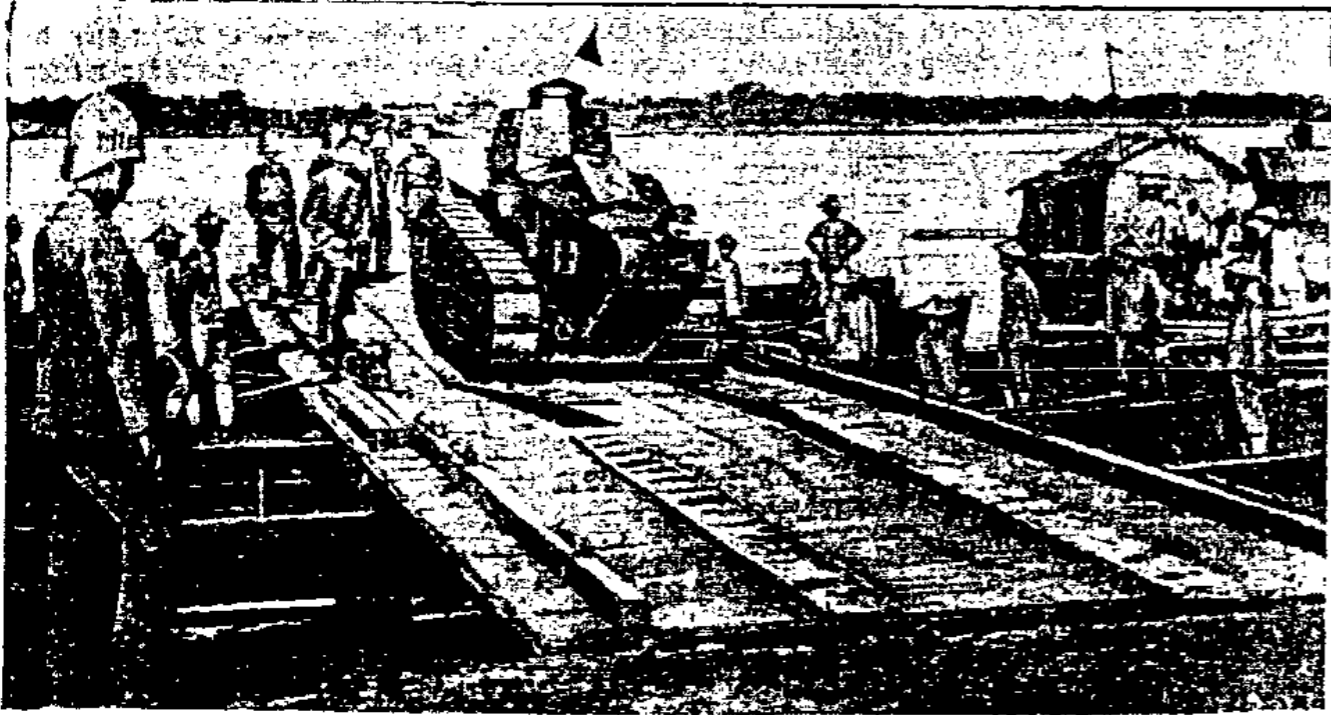
Unglücklicherweise fand die Explosion gerade zur Zeit des Schichtwechsels statt, wodurch sich die große Zahl der Opfer dieser entsetzlichen Explosionskatastrophe erklärt.

Raubritterburg Saaleck wird renoviert



Die Burgruine Saaleck bei Bad Kösen, ehemals eine „Feste“ blaublütiger Strauchritter und Wegelagerer, soll nunmehr, da die sich im steten Verfall befindet, erneuert werden. Wie erinnerlich erschossen sich hier im Burgturm die von der Polizei verfolgten Rathenau-Mörder. Für die Behebung der Massenwohnungsnot sind keine ausreichenden Mittel vorhanden. Für vollkommen unnütze Luxusbauten natürlich immer. Wie lange noch?

Tanks gegen Aufständische



In Indochina verbreitet sich die Aufstandsbewegung mit riesenhafter Geschwindigkeit. Ein Dorf nach dem anderen wird von den Eingeborenen erobert. Die eingeborenen Truppen verbünden sich mit den Revolutionären. Die französische Regierung kämpft mit Flugzeugen, Maschinengewehren und Tanks gegen die Arbeiter und Bauern an. — Unser Bild zeigt die Ausladung französischer Tanks bei Hanoi.

Duisburger Hochofen explodiert

Durch glühendes Metall zwei Arbeiter lebensgefährlich verletzt

Der Hochofen II der Vereinigten Stahlwerke Duisburg-Weiderich ist in der Nacht zum Montag in die Luft geflogen. Die Explosion war so gewaltig, daß dadurch das Mauerwerk aus dem Hochofen über zehn Meter hoch und sechs Meter breit mit samt den Kühlkästen herausgeschleudert wurde. Im Innern ergoß sich durch diese Öffnung der glühende Inhalt, Eisen, Erz und Koks aus dem zerstörten Ofen. Zwei Arbeiter, die sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen konnten, wurden von der glühenden Masse erfaßt und erlitten schwere Verbrennungen in Kopf und Rücken. Sie wurden sofort ins Krankenhaus geschafft. Ob der eine der Verletzten mit dem Leben davonkommt, wird bezweifelt.

Der Tod im Steinbruch

Aus Clermont in Frankreich kommt die Nachricht, daß in einem Steinbruch bei Montigny infolge eines Erdbebens vier Arbeiter verschüttet wurden. Zwei konnten nur als Leichen geborgen werden, während die anderen beiden schwere Verletzungen davontrugen.

Immer noch Papageientrankheit

Holländischen Meldungen zufolge haben sich in Breda zwei Fälle von Papageientrankheit ereignet. Ein Erkrankter ist bereits daran gestorben. Desgleichen hat in Amsterdam diese geheimnisvolle Seuche außer den bereits früher gemeldeten noch ein zweites Todesopfer gefordert. Auf Anordnung des Amsterdamer Gesundheitsamtes wurden sechs Papageien, die mit einem Dampfer aus Westafrika in Amsterdam eintrafen, getötet. Ihre Kadaver wurden verbrannt.

Sturm und Kälte in Mussolinien

Nach bisher mildem Winter ist jetzt in Italien empfindliche Kälte eingetreten. In Triest wütet ein Sturm von 118 Stundenkilometern. Auch in Padua tobt ein harter Sturm. Dort sind infolge der Glätte drei Personen gestürzt und erlitten schwere Verletzungen.

Nacht Gebäude ein Raub der Flammen

In der Nacht zum Montag brannte ein großer Gutshof in Wolfshagen, Bezirk Rassel, vollkommen nieder. Obwohl alle Feuerwehren der Umgebung prompt zur Stelle waren, brannten die acht Gebäude nach und nach nieder. Das Vieh konnte zum großen Teil gerettet werden. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts bekannt.

Grauensvolle Bluttat an Arbeiterkind

Brandenburger Schüler von Halsabschneider getöbelt und gestochen Verbrecher trotz wilder Verfolgung entkommen

Der Schüler Rudolf Engelmann, Sohn eines Arbeiters aus Brandenburg bei Berlin, wurde gestern morgen auf dem Wege zur Schule von einem unbekannten Manne angegriffen, um ihn zu überreden, auf ein Brandstück mitzukommen. Dort versuchte der Unhold, dem Jungen mit einem Messer die Kehle zu durchschneiden.

Auf das laute Schreien des in Todesangst befindlichen Knaben eilten vorübergehende Passanten hinzu, worauf der Täter versuchte, sich durch Flucht der Festnahme zu entziehen. Er wurde ergriffen, riß sich aber bald wieder los und entkam nun endgültig.

Aus einer Kehlschnittwunde stark blutend wurde der Junge ins nahe Brandenburger Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Nach ergänzenden Mitteilungen aus Brandenburg hat sich dieser grauensvolle Vorgang kurz vor 10 Uhr in der Wilmersdorfer Straße abgespielt. Der Unbekannte soll danach an den neunzehnjährigen Jungen herangetreten sein, mit ihm einige Worte gesprochen haben und ihn dann auf einen großen Schuttbladesplatz geführt haben. Dort angekommen hat der Unbekannte

den unglücklichen Jungen mit roher Gewalt festgehalten und ihm einen Knobel in den Mund gesteckt. Dann zog er ein Messer heraus und versuchte, dem Hilflosen die Kehle zu durchschneiden.

Trotz des Knobels gelang es aber dem Jungen in seiner Todesangst, laute Schreie auszustößen, worauf der Unhold von seinem Opfer abließ, um sich in wilder Flucht in Sicherheit zu bringen. Zufällig vorübergehende Passanten, die auf den Vorfall aufmerksam geworden waren, nahmen sofort die Verfolgung des Flüchtenden auf. Zwei Passanten ergriffen ihn schließlich, doch da der Unbekannte über Kieselkräfte verfügte, gelang es ihm, sich loszureißen und endgültig zu entziehen.

Mit einer schweren Schnittwunde am Kehlschnitt wurde Rudolf Engelmann ins Krankenhaus eingeliefert und dort sofort operiert.

Wie der Unhold ausah

Nach Beschreibung der Passanten soll der unbekannte Täter etwa 25 bis 30 Jahre alt und von großer Statur sein. Bekleidet war er mit einem blauen Mantel und einer grauen Schirm-

mütze. Die Kriminalpolizei von Brandenburg und ein großes Aufgebot von Landjägern haben sofort die Verfolgung des Verbrechers aufgenommen.

Echt kapitalistisch!

Nervenheilanstalt für — Hundetölen

In einer besonders herrlich gelegenen Landschaft in der Umgebung Neuyorks wurde vor einigen Tagen für die Luxus- und Schöpfung der Dollarmillionäre ein mit „allem Komfort der Neuzeit“ eingerichtetes Hundesanatorium eröffnet. Wie die Manager dieses Unternehmens mitteilen, soll das Sanatorium „den von dem erregenden Luxus des häßlichen Lebens herantretenden Nerven der Hunde Erholung bieten.“

Und du, Prolet? — Was machst du, wenn deine Nerven durch das Nationalisierungstempo vor die Hunde gegangen sind?

Eisberge im Atlantik

Die Atlantikschifffahrt wird gegenwärtig durch auftauchende Eisberge in verschiedenen Gebieten des Atlantischen Ozeans erheblich gehemmt. Die amerikanische Küstenschutzwache hat den Kreuzer „Tampa“ in die Nachbarschaft der Großen Bänke entsandt, um von dort aus die Entwicklung der Eisberge zu beobachten und die Schifffahrt drahtlos über etwaige Gefahren zu verständigen. Während sonst um diese Jahreszeit keine Eisberge zu verzeichnen sind, wird gegenwärtig überall von Gefahren für die Schifffahrt berichtet.



Breslau

Das ist die „Nächstenliebe“ der Reichen!

Blamables Ergebnis der „Kohlenpende“

Die Sammlungen für die „Kohlenpende“, dieses Berufslosen-almosen für die Erwerbslosen, sind abgeschlossen. Sie haben ein geradezu lächerlich geringes Ergebnis gebracht. Ganze 39 000 Mark sind eingebracht. Nur ein ganz kleiner Teil der Erwerbslosen hat drei Zentner Kohle bekommen.

Und dafür hat man den gesamten Presseapparat in den Dienst der Kasse gestellt; hat Aufrufe erlassen und die Behörden ein-gespart. Die Vertreter von Industrie und Handel spenden große Töne und wollen vor Nächstenliebe und Ekelmut überfließen. In der Stadtverordnetenversammlung wurde vom Magistrat in die Welt hinausposaunt, daß man mit einem Sammelertrag von 200 000 Mark rechne. Und nun halte man dieser Großtäuschung die lumbigen 39 000 Mark entgegen. Die Heuchelei der Rühnreißer der Arbeitslosigkeit, der kapitalistischen Parasiten, hat sich wieder einmal selbst entlarvt. Man wollte nur den Erwerbslosen Dossungen machen, und dachte von vorne herein gar nicht daran, seine Versprechungen wahr zu machen.

Die Breslauer Erwerbslosen sind um eine Erfahrung reicher. Ihnen ist wieder einmal vordemonstriert worden, was es mit der Wohlthätigkeit der Besitzenden auf sich hat. Wie erbärmlich erscheint gerade in diesem Augenblick die Rolle der Sozialdemokraten, die die eifrigsten und lautesten Propagandisten dieses offenen Betruges waren. Die Erwerbslosen werden sich das alles merken und bei ähnlichen Gelegenheiten sich des Schwindels um die „Kohlenpende“ erinnern müssen.

Ausschlußdrohungen gegen städtische Arbeiter

Anfang dieser Woche fand eine Mitgliederversammlung des „Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ statt, in der der Gewerkschafts-Bürokrat S w o l i n s k i über den Young-Plan sprach. Sein Referat bestand in der Hauptsache aus Zahlen. Im übrigen meinte er, Deutsch-land (d. h. natürlich die Arbeiter) müsse zahlen, da der Young-Plan den endgültigen Frieden bedeutet. Eine Ausdrucksweise über das Referat ließen die Gewerkschaftsbürokraten nicht zu, da sie offenbar eine scharfe Kritik befürchteten. Anschließend sprach S e n t über die Privatisierung der städtischen Betriebe. In der Diskussion blieben die S t r a c h o t t a, K o c h und S c h w a r z in das Horn der Young-und meinten, die Umwandlung der Straßenbahn in eine Aktien-gesellschaft werde für die Arbeiterschaft keine schlimmen Folgen haben. Ihre Ausführungen, und auch die des S e n t, wurden des öfteren durch empörte Zwischenrufe unterbrochen. Der oppositionelle Kollege J e n s c h sprach unter großem Beifall. Er zeigte die Aus-führungen des Young-Planes und der bevorstehenden Privatisierung auf und prangerte die Untätigkeit der Strachotta-Betriebsräte an. Um mit Erfolg den Kampf gegen weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führen zu können, müssen die Belegschaften re-volutionäre Betriebsräte wählen.

Im Schlußwort beschäftigte sich S e n t ausschließlich mit den Ausführungen des Kollegen J e n s c h, und drohte ihm den A u s s c h l u ß aus dem Verbande an. Wie eilig es die Sozialfaschisten mit den Aus-schüssen haben, geht auch daraus hervor, daß Strachotta die oppositionellen Kollegen aufgefordert hat, ihm doch die Namen der-jenigen mitzuteilen, die auf der Liste der Opposition kandidieren werden. Diesen Kollegen soll angeblich vom Vorstände ein „Warnungs-schreiben“ zugestellt werden. Und da ist Strachotta gerade der Mann, den die Bonzenkratie braucht, um ihr beim Kampf gegen die Opposition behilflich zu sein.

Städtische Arbeiter, schlägt den Sent und Blant auf die Fingert! Vokt nicht zu, daß die besten Kollegen aus dem Verband ausgeschlossen werden! Solidarisiert euch mit der Opposition! Stellt nur revolutionäre Kollegen als Kandidaten zur Betriebsratswahl auf!

Wohnung steht leer!

Nun wird berichtet, daß im Hause Sonnenstraße 41 eine Wohnung unbesetzt ist, und außerdem ein in diesem Grundstück wohnender Mieter gleich zwei Wohnungen innehat. Wir fragen hiermit das Wohnungsamt, wie das kommt. Die Wohnungsnot ist in Breslau wirklich groß genug, so daß ein sofortiges Einschreiten gegen das Leerstehenlassen und den Doppelbesitz von Wohnungen dringend geboten wäre.

Verkehrsunfälle. Ein Zusammenstoß zwischen einem Lieferauto und einem Motorradfahrer ereignete sich gestern an der Straßenkreuzung Trebnitzer- und Einbaumstraße, wobei der Motorradfahrer schwer verletzt wurde. — Der Motorradfahrer Schiller streifte, als er an der Endstation der Linie 5 Dfener Straße einen Hanomag überholen wollte, mit seiner Lenkstange einen dort stehenden Straßenbahnwaggon. Dadurch kam er ins Schwanken und stürzte unglücklichweise unter das Auto, wobei er einen Bruch des Oberarmes erlitt. — Das Kind Walter K., Krullstraße wohnhaft, wurde auf der Neuschestrafе von einem Postkraftwagen umgefahren und verletzt. — In die Klinik eingeliefert wurde ein Dr. Erich G. aus Schwofsch, der von einem fahrenden Straßenbahnzuge abprang und sich dabei verletzte.

Um sich ein Motorrad anschaffen zu können, hat der 22-jährige Arbeiter Felmut L. aus der Friedrichstraße seiner Großmutter, einer 81 Jahre alten Frau, fast die gesamten Ersparnisse von über 700 M. gestohlen. Das Versteck des Geldes hatte er bei einem seiner Besuche ausfindig gemacht.

Durch **Messertische** verletzt wurde diese Nacht der Kaufmann Willy S., Leichstraße wohnhaft. Am Lauenkipfplatz wurde er von mehreren jungen Burken angepöbelt und schließlich von einem mit dem Messer gestochen. Der Messerstecher wurde festgestellt.

Keine Polizeistunde für die „Fastnacht“. Der Polizeipräsident hat die Polizeistunde für die Nacht vom 4. zum 5. März („Fastnacht“) aufgehoben.

moskau sendet

sonnabend, den 22. februar, abends 8 uhr

huberussaal

friedrich-wilhelm-straße 32

eintrittspreis 30 pf.

Interessengemeinschaft für arbeiterkultur

Wüste Schimpfanonaden eines Pastors

Bernhardin-Meyer nennt die Freidenker „zwei-beinige Tiere“

Breslau, 20. Februar.

„Liebet eure Gelube“ heißt es irgendwo in dem gelägerten Exerzier-reglement der Kirche — der Bibel. Eigentlich müßten diese Ver-haltungsvorschriften zuerst von den Angehörigen der verschiedenen Religionsvereine befolgt werden. So denkt der ahnungslose Laie. Anders aber haubeln die Pfaffen. Ihr Schimpfwörterlexikon kennt die rübeften Ausdrücke, wenn es auf „Ungläubige“, auf „Heiden“ angewendet wird. Da ist auch keine Spur mehr von der „Heiden-liebe“. Die Lobhudelei tritt an Stelle der sonstigen süßen Phrasen vom Nächsten, in dem man den „Bruder in Christus“ sehen muß.

Ein Musterbeispiel dieser Art Pfaffen ist der Pastor der Bernhardin-Gemeinde, Friedrich Meyer. Am Montag nachmittag sollte eine ältere Frau beerdigt werden. In der Leichen-halle hatten sich ungefähr 80 Trauergäste eingefunden; zum größten Teil waren es Freidenker, die natürlich nur wegen der Ver-kerben und nicht wegen des Pastors gekommen waren. Jemand ein Zutritter mußte dem Pastor bereits vor Beginn der „Trauerandacht“ von der Ungläubigkeit der Hinterbliebenen der Toten Mitteilung gemacht haben, denn der fromme Gottesmann schien von Anfang an schon sehr ungnädig gestimmt zu sein. Sein Groß feigerte sich, als ein Kirchenlieb, das alle Anwesenden fingen sollten, nur von einigen wenigen mitgegeben wurde. Bei der „Trauerrede“ hatte er dann Gelegenheit, seinem edlen Christenherzen Luft zu machen. In wenigen Augenblicken hatte er sich so in Wollé geredet, daß er ent-weder nur noch als Provokation oder als lächerlich empfunden werden konnte. Er sang seine Segne mit wüsten Angriffen gegen Sowjet-

rußland an. „Noch nie“, brüllte er, „sien die Christen-verfolgungen so schlimm gewesen, wie jetzt in Rußland.“ Es werde bald auch in Deutschland so weit sein. Man müsse damit rechnen, daß hier in ungefähr fünf Jahren gleiche Zustände herrschen würden. Zeiber hatten die anwesenden Arbeiter für diese Prophezei-fähigkeiten des gelobten Pastors nicht das richtige Verständnis, und brachten das in merkwürdiger Weise zum Ausdruck. Mit dem bei diesem „Stellvertreter des Gottes der Liebe“ selbstverständlichen Ergebnis, daß er nunmehr ganz in Majestät versiel, die ihn die Worte sagen ließ:

„Ich sehe hier Gesichter, die ungläubig lächeln. Die Ungläubigen sind zwei-beinige Tiere, die um-fallen und verharren werden.“

Meyer kann von einem Glib reden, daß er seine unehrliche Ver-schimpfung der Freidenker an einem Sarge machte. Sollte diese Tat-sache die beleidigten Arbeiter nicht veranlassen, ihre Empörung hinunterzuschlucken, — dem Pastor wäre an Ort und Stelle die Quittung für seine gemeinen Äußerungen erteilt worden.

Wir versprechen Herrn Meyer, daß wir uns seine Worte merken werden. Sie sind kennzeichnend für die ganze bornierte Anweisung kirchlicher Kreise. Derartige Ausflüsse der Lobhudelei, derartige Mah-lingsmaterial gewesen. So wird es auch diesmal sein, und der Bernhardin-Meyer soll die trübselige Versicherung entgegennehmen, daß sein Aufgeheul vom Montag der Parole der Gottlosen: „Getaus aus der Kirche!“ — ganz gute Dienste leisten wird.

Zum Breslauer Mieterstreik

Wie schaffen wir gesunde Wohnungen, mit erträglichen Mieten?

Der mit kapitalistischen Mitteln betriebene Wohnungsbau ist in der Sadgasse. In Breslau haben wir tausende wohnungs-lose Familien und Hunderte leerstehende Wohnungen, die nicht bezogen werden, weil die geforderte Miete für die Werktätigen unerschwinglich ist. Die Miete in den Neubaugewohnungen, insbesondere in den zuletzt erstellten, ist so hoch, daß die Wohnungsinhaber sie in vielen Fällen nicht aufbringen können. Viele bleiben monatelang im Mieterrückstand. Andere entschließen sich, in den offenen Mieterstreik zu treten, das heißt, sie verweigern die Zahlung der geforderten Miete und führen an den Hausbesitzer nur den Betrag ab, den die Mieter, nicht aber der Hausbesitzer für angemessen halten. Wir denken da an den Streik der neuesten Neubaugewohnungen in Zimpel, an den Streik in der Sieblung Eichborngarten, auf der Opperauer Straße, in Carlswik und nicht zuletzt an die Kampfbeschlüsse der Baraden-bewohner an der Langen Gasse.

Die Sieblungs-WG, die eine gemeinnützige zu sein vorgibt, baut mit erheblichen Zuwendungen an Hauszinssteuer-geldern. Sie betreibt die Wohnungsherstellung im großen und mühte demzufolge billiger als die kleinen Kräuter bauen. Die Sieblungs-WG gibt an und bemisst es mit den Eintragungen in ihren Büchern, daß die zuletzt erstellten Wohnungen einen Mietpreis von über 13 Mark pro Quadratmeter und Jahr erfordern.

Die Streikkommission in Zimpel hatte vor Beginn des Streiks Erhebungen über das Einkommen und die Miete der Neubaugewohnungen angestellt. Von der Erhebung wurden 155 Wohnungen erfasst. Davon bestanden 23 aus einem Zimmer (Type I), 46 aus anderthalb (Type II), 20 aus zwei (Type III), 60 aus zweieinhalb (Type IV) und sechs aus dreieinhalb Zimmern (Type V). Wie klein die Zimmer sind, geht aus der Tabelle hervor, daß z. B. eine Zwei-zimmerwohnung, Balkon, Küche, Entree und Badezimmer mit-gerechnet, nur 53—60 Quadratmeter umfaßt. Das Einkommen der Wohnungsinhaber betrug monatlich 87—478 Mark, d. h. im Durch-schnitt 202 Mark. Im einzelnen ergab sich folgendes Bild:

Miete	Monats-nettoeinkommen	Die Miete beträgt % d. Nettoeinkommens
Type 1 49,00 Mark	154 Mark	31,8
Type 2 64,00 Mark	183 Mark	34,8
Type 3 61,50 Mark	174 Mark	35,0
Type 4 72,60 Mark	225 Mark	32,2
Type 5 157,00 Mark	398 Mark	25,1

Diese Aufstellung beweist mit aller Brutalität, daß der Wohnungs-

bau sich tatsächlich in einer Sadgasse befindet. Dabei muß be-sonders betont werden, daß die überwiegende Mehrzahl der Werk-tätigen nicht einmal das in der Aufstellung genannte Mindest-einkommen hat.

Was tun?

Die Sozialdemokraten schlagen vor, erhöhte Zu-wendungen an Hauszinssteuer für Breslau zu fordern. Dagegen kann man an sich nichts einwenden, im Gegenteil, man muß diese Bestrebung unterstützen. Doch damit allein ist die Wohnungsnot nicht beseitigt, denn gerade die Hauszinssteuer ist es, die die Mietsmieten in die Höhe treibt. Sie ist die unsocialste aller Steuern, weil sie gerade bei den Minderbemittelten am stärksten trifft. Deshalb fordern die Kommunisten ihre Beseiti-gung. Solange sie noch erhoben wird, muß sie restlos und nicht, wie es bisher geschieht, nur zum Teil zu Wohnbau- und Mietenerbilligungszwecken verwendet werden. Die Kommunisten gehen von der Voraussetzung aus, daß die Wohnung nicht irgend-ein Gebrauchsgegenstand ist, auf den man unter Umständen teil-weise oder ganz verzichten kann, sondern die

Wohnung braucht der Mensch ebenso dringend wie Luft und Wasser.

Die Wohnung darf nicht zum Gegenstand irgendwelcher Schacher-geschäfte gemacht werden. Deshalb treten die Kommunisten ein:

Für einen großzügigen planmäßigen Wohnungs-bau auf Kosten der großen Vermögen und Einkommen. Für die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau. Für die Beseitigung der Hauszins-steuer bei gleichzeitiger Senkung der Mieten um ihren Betrag. Für die kommunalisierung der Baustoffbetriebe und des ge-samten Wohnungsbaus. Für Festsetzung der Mieten in einer Höhe von 15 Prozent des Durchschnittseinkommens.

Es ist klar, daß auf parlamentarischem Wege diese Forderungen nicht durchgesetzt werden können. Doch sie müssen in die Tat umgesetzt werden, und werden es auch, und zwar im offenen Kampfe. In Breslau ist der Kampf bereits aus-gebrochen. Es gilt, ihn zu verbreitern und insbesondere die Mietaufsteiger gegen die drohende Mieterhöhung im April zu mobilisieren.

Mieter heraus! Wählt Mieterausschüsse! Beauftragt die Mieterausschüsse, sofort den offenen Kampf gegen jede weitere Mieterhöhung, für die Senkung der Neubaugewohnungen auf die Höhe der Altbauwohnungen, und für die oben aufgeführten Forderungen zu organisieren!

Wir hungern — ihr gebt Bälle

Von E. S. Brodau

Arbeitslos —
Proletariat!
Ihr, die ihr im Reichtum schwelgt,
Ihr kennt nicht die Welt
Derer, die hungern,
Die auf den Straßen hungern.

Jeht Mark bezahlt ihr für ein Schauspiel,
Jeht Mark sind für euch nicht viel.
Jeht Mark bei uns für eine Woche Brot!
Jeht Mark bei uns eine Woche ohne schlimmste Not!

Ihr gebt Feste, ihr gebt Bälle,
Berstet das Leben euch angenehmer zu machen.
Und aber wird das Leben zur Hölle!
Und dennoch plagt ihr uns eure Not. —
Für uns der einzige Grund zum Lachen!

Vorläufig schlafen wir.
Jedoch einmal es kommen muß
Daß wir erwachen!
Dann wehe dir.

Die Zeit ist nah, ist nicht mehr fern,
Und bald wird sie zur Tot,
Daß leuchten wird der Sowjetstern
Im roten Arbeiterhaat!

Der Schlachthof im Januar. Im Monat Januar wurden im Schlachthof geschlachtet und untersucht: 222 Ochsen, 1439 Bullen, 1225 Kühe, 537 Jungkühe, 4739 Kälber, 11 675 Schweine, 1833 Schafe, 81 Ziegen, 8 Hunde, 285 Pferde. Als untauglich zur menschlichen Nahrung wurden der Tierkörperverwertungsanlage überwiefen: 14 Kinder, 8 Kälber, 7 Schweine, 5 Pferde und zahlreiche Organe und Organteile.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. In dieser Woche können auch unsere Jüngsten die Filmveranstaltungen besuchen. Zwei Filme, die uns nach Indien entführen, werden gezeigt. Nuri, der Elefant, von Sola Kreuzberg gedreht, so heißt der eine. Für eine arme, kleine Hindu-Familie im Dschungelland bedeutet dieses Tier alles. Sola Kreuzberg, die beste Tierphotographin, hat diese Bilder bei einer Expedition durch Hinterindien eingefangen. Land, Leute, Sitten und Gebräuche der armen Schicht zeigt dieser Film. — „Das Grab-mal einer großen Liebe“ schildert einen anderen Auschnitt vom Großreich Indien. Prachtvolle Bauten und pompöse Festlich-keiten sind in diesem Bildstreifen festgehalten worden. Phantasie ver-bindet sich mit Wirklichkeit, Märchen vereint sich mit dem Schicksal. Beide Filme ergötzen sich. Beide Filme sind keine trockenen Bild-berichte, sondern mit Spielhandlungen durchwoben. Die Veranstal-tungen beginnen wie immer um 17 Uhr. Schon eine Stunde vorher wird der Saal geöffnet. Kinder, Erwerbslose, Kleinrentner und Ar-beitslosen zahlen zur ersten Vorstellung nur 25 Pf., auf Besucher-ausweis kostet der Einheitsplatz 50 Pf., ohne diesen 70 Pf. Alles Nähere ist aus den Inseraten zu erfahren.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Ober-Schlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Ober-Schlesien Fritz Zandrosch, Gleiwitz.

KUNDGEBUNG

Zum 12-jährigen Bestehen der Roten Armee

am Freitag, 20 Uhr

in „Hoffmanns Festhallen“, Pöpelwitzstraße

Aus dem Programm: Rezitationen und Vorlesungen / Ansprache Lebende Bilder u. a.

Eintritt 20 Pfg. Erwerbslose und Jugendliche 10 Pfg.

Azetylen

Durch die vor einigen Wochen erfolgte Explosion der Azetylen-Fabrik in Borsigwalde (bei Berlin) wurde das Azetylen erneut in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Es hätte allerdings eines weniger traurigen und furchtbaren Anlasses bedurft, um das allgemeine Interesse auf diesen ebenso gefährlichen wie wertvollen Stoff zu lenken.

Nützlichkeit und Gefährlichkeit des Azetylens haben ihre gemeinsame, tiefere Ursache in seinem inneren Bau. Azetylen, bestehend aus zwei Kohlenstoff- und zwei Wasserstoffatomen, gehört zu den sogenannten ungesättigten Verbindungen. Ein ungesättigter, also hungriger Mensch ist befähigt und bestrebt, noch Nahrung aufzunehmen. Ganz entsprechend verhält sich das Azetylen. Die chemischen Bindungskräfte seiner Kohlenstoff-Atome sind nicht „abgesättigt“. Denn jedes Kohlenstoff-Atom des Azetylens hält nur je ein Wasserstoff-Atom gebunden, während es unter Ausnutzung seines gesamten Bindungsvermögens in der Lage wäre, noch je zwei Wasserstoff-Atome an sich zu ketten. Diese gewissermaßen verborgenen schlummernden Kräfte des Azetylens können ihren Ausdruck erlangen in seinem inneren Zerfall. Das bezeichnet man dann als Explosion. Kommt ein Gemisch von Luft und Acetylen mit einer Flamme in Berührung, so explodiert es mit ungeheurer Heftigkeit. Aber das Azetylen kann seine überschüssigen Kräfte auch durch Bindung anderer Elemente oder Verbindungen betätigen. Auf dieser Eigenschaft beruht seine — gerade in letzter Zeit so bedeutungsvoll gewordene — Verwendung zum künstlichen Aufbau wichtiger Stoffe.

Schon längere Zeit bekannt ist seine Nutzbarmachung für Beleuchtungszwecke sowie für autogenes Schweißen und Schneiden. — In den Karbidlampen entströmt das gasförmige Azetylen einer feinen Öffnung. Beim Anzünden brennt es mit leuchtender Flamme. Beim autogenen Schweißen von Stahlplatten, Eisenbahnschienen u. dgl. bedient man sich einer Azetylen-Flamme, in die Sauerstoff geblasen wird. Man erreicht damit eine Temperatur von 3500 Grad. Bei dieser Hitze kommen die Metalle zum Schmelzen und können zusammengeschweißt werden. Zum autogenen Schneiden von Eisenplatten benutzt man gleichfalls die Azetylen-Sauerstoff-Flamme. Nachdem man das Metall mit ihrer Hilfe auf Heißglut gebracht hat, wird die Azetylenzufuhr abgestellt. Der Sauerstoff verbrennt das Eisen dann zu Eisenoxyd, das weggeblasen wird. Auf diese Weise entsteht der Schnitt.

Erst jüngeren Datums ist die Anwendung des Azetylens in der chemischen Industrie. Es ist bereits auf das Anlagevermögen des Azetylens hingewiesen worden. Durch katalytische Anlagerung von Wasser erhält man Azetaldehyd. Aus dieser Verbindung läßt sich Alkohol und Essigsäure darstellen. Dieses Verfahren bietet einen wertvollen Ersatz für die bisherige Alkoholgewinnung, die auf Kosten von Nährstoffen (Kartoffeln u. a.) erfolgte. Die Essigsäure, die selbst vielfach in Industrie, Medizin und Hauswirtschaft benutzt wird, bildet wiederum einen Ausgangsstoff für das Aceton. Aceton spielt als industrieller Hilfsstoff und bei der künstlichen Erzeugung von Kautschuk eine Rolle. Das Azetylen selbst bekommt man durch Einwirkung von Wasser auf Kalziumkarbid. Jede Fahrradlampe stellt also eine Azetylen-Fabrik im kleinen dar. Die Herstellungsweise des Kalziumkarbids (aus Kalk und Kohle im elektrischen Ofen) ist ebenso einfach wie billig.

Durch vor kurzem vorgenommene Untersuchungen (Mülheimer Kohlenforschungsinstitut) konnten überraschende Neuigkeiten von Azetylen mitgeteilt werden. Die Ergebnisse dieser Forschungen beziehen sich sowohl auf die Gewinnung als auch auf die Verwendbarkeit des Azetylens. Es wurde festgestellt, daß sich das im Kokereis zu einem bedeutenden Prozentsatz enthaltene Methan in Azetylen verwandeln läßt. Damit ist auch der Montan-Industrie die Möglichkeit gegeben, die Azetylen-Erzeugung in den Rahmen ihrer Nebenproduktengewinnung einzufügen. (Diese sogenannte Nebenproduktengewinnung hat in den letzten Jahren eine ihrem Namen sehr wenig entsprechende Bedeutung erhalten: sie ist es gerade, die in sehr entscheidendem Maße zur Profitsteigerung der Kohlenkarone beigetragen hat!) — Jetzt ist sogar die Umwandlung des Azetylens in Leicht- und Schweröle gelungen. Durch Ueberleiten von Azetylen über aktive Kohle oder Silika-Gel bei 600 bis 700 Grad konnten diese flüssigen Betriebsstoffe gewonnen werden. Wenn dadurch für die Azetylen erzeugenden Industriezweige auch neue Profitmöglichkeiten geschaffen sind, so dürfte die Vervollkommnung dieses Verfahrens — angesichts des herrschenden Ölkrieges, der durch die Ueberproduktion von natürlichem Erdöl bedingt und durch die Kohleverflüssigung verschärft worden ist —, doch nur eine weitere Zuspitzung der Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsführung hervorrufen.

Das Azetylen bildet also die Grundlage zahlreicher, sehr einträglicher Gewinne bringender Produktionszweige. Wie groß aber auch die dank des technischen Fortschritts immer mehr gesteigerten Profite in der Azetylen-Industrie sein mögen: der Arbeiterschaft überläßt man es, in dieser Zeit der langfristigen Hungertarife und des verschärften Angriffs auf die ach so stolzen Errungenschaften der Sozialpolitik, nur Opfer der Explosionkatastrophen zu sein! Chemicus.

Plastische Filme

Der Gedanke, einen plastisch (stereoskopisch) wirkenden Film aufzunehmen, ist nicht neu, und es gibt bereits eine Reihe von Verfahren, mit deren Hilfe man jedem Film wenigstens eine geringe Plastik geben kann. Der amerikanische Filmtécniker Herbert E. Ives hat nun eine ganz neuartige Methode zur Herstellung plastischer Filme ausgearbeitet. Sein Grundprinzip ist dasselbe wie das der stereoskopischen Aufnahmen, deren Plastik allerdings nur durch die Betrachtung mit einem besonderen „Stereoskop“ hervortritt. Ives ersetzt das Stereoskop durch ein System von Stäben, einer Art Raster, das er vor der transparenten Leinwand anbringt. Die Aufnahme des plastischen Films wird von einer Reihe dicht

Eisen, Eisenbeton und Holz

Für größere technische Bauwerke kommen heute praktisch nur noch drei Materialsorten in Frage, zwischen denen es zu wählen gilt: Holz, Eisenbeton und Eisen. Dabei kommt Holz als Baustoff nur relativ selten vor aus gleich zu erörternden Gründen. Die Hauptkonkurrenten sind Eisen und Eisenbeton. Bei der Entscheidung über der Wahl des Baustoffes spielen neben der Wirtschaftlichkeit auch Betriebssicherheit, Haltbarkeit, Aussehen u. a. eine Rolle. Ich will versuchen, aus den Eigenschaften der Baustoffe ihre jeweilige Verwendungsmöglichkeit abzuleiten.

Zunächst das Holz. Es ist der älteste Baustoff, da er nicht künstlich hergestellt werden muß, sondern so, wie er verwendet werden kann, in der Natur vorkommt. Auch heute hat das Holz seine Bedeutung als Baumaterial nicht verloren. Für Rüstungsbauten, zum Einschalen von Eisenbeton, ja auch für selbständige Industriebauten wird das Holz noch heute verwendet und ist durchaus nicht immer unwirtschaftlich. Die Hauptvorteile des Holzes sind sein geringes Gewicht und in waldreichen Gegenden (Deutschland, Skandinavien, Finnland, Rußland) seine Billigkeit, leichte Transportmöglichkeit, leichte Montage. Der Hauptnachteil des Holzes ist der ungleichmäßige Aufbau, d. h. das verschiedene Verhalten des Holzes in den verschiedenen Richtungen. Bekanntlich zeigt der Querschnitt des Holzes sogenannte Jahresringe. Nun ist nicht nur die Festigkeit in den verschiedenen Jahresringen eine verschiedene, sie ist auch in der Längsrichtung des Stammes viel größer als senkrecht dazu. Ebenso ist die Festigkeit gegenüber Zugkräften bedeutend geringer als gegenüber Druckkräften. Außerdem schwächen Astbildungen die Güte des Materials. All das bedingt eine außerordentlich vorsichtige Festsetzung der Kräfte, die man dem Holz zumuten kann. Man rechnet im allgemeinen mit der zehnfachen Sicherheit bei Holz, d. h. die wirkenden Kräfte können zehnmal so groß werden als sie tatsächlich sind, ehe das Holz zu Bruch geht. Die Kraft, bei der dies letztere eintritt, nennt man die Bruchfestigkeit, die aus zahlreichen Versuchen bekannt ist. Da schon die Bruchfestigkeit des Holzes relativ niedrig liegt, ist leicht einzusehen, daß man ziemlich viel Material braucht, um bestimmte Kräfte aufzunehmen. Die Billigkeit des Materials wird also teilweise durch den Mehrgebrauch wieder aufgehoben, und es ist rasch die Grenze erreicht, wo man zur Aufnahme bestimmter Kräfte soviel Holz brauchen würde, daß technisch unüberwindbare Schwierigkeiten auftreten würden. Außer für Hilfsbauten wird daher Holz nur bei kleineren Brücken, Lokomotivschuppen, kleineren Bahnhallen, Festhallen, Schuppen usw. gebraucht. Die Feuergefährlichkeit spielt heute keine Rolle mehr, dagegen kann man sich durch geeignete Maßnahmen schützen.

Bemerkte sei noch, daß die Haltbarkeit des Holzes praktisch unbegrenzt ist; jedenfalls viel größer als die des Eisens. Die alten Holzbrücken des Mittelalters sind heute nach 300 Jahren noch sehr gut erhalten. Für gewisse Bauteile wie z. B. für Eisenbahnschwellen, ist das Holz immer noch das beste Material, die zeitweise eingeführten eisernen Schwellen sind wieder abgekommen, da wegen des härteren Fahrens die Wagen viel stärker beansprucht werden. Holz wird also vorläufig immer noch ein wichtiger Baustoff bleiben.

Für größere Bauwerke mit starken Belastungen, wie größere Brücken, Fabrikhallen mit Kränen, Hochhäuser, Krane usw. wurde das Holz schon im vorigen Jahrhundert durch das Eisen verdrängt. Man kann sogar sagen, daß solche Bauwerke durch das Eisen erst möglich geworden sind. Heute unterscheidet man eine ganze Reihe von Eisensorten, die man beim Bauen verwenden kann; das am meisten gebrauchte Eisen ist der sogenannte Baustahl 37. Dann gibt es noch die hochwertigen Baustähle, die durch Zusatz von anderen Metallen, wie Kupfer, Silizium, Mangan, Molybdän u. a. verbessert wurden. Die beste Eigenschaft des Stahles ist seine „Homogenität“, d. h. sein gleiches Verhalten bei Beanspruchungen in verschiedenen Richtungen und bei Zug und Druck. Zwar ist der Stahl, besonders der hochwertige, infolge der schwierigen Ge-

winnung und mehr oder weniger komplizierten Verhüttung ziemlich teuer, aber seine Bruchfestigkeit liegt so hoch und die notwendige Sicherheit ist wegen der Zuverlässigkeit bei der Herstellung so gering (2- bis 3fache Sicherheit), daß heute beispielsweise bei Brücken von mehr als 40—50 Meter Spannweite nur noch hochwertiger Stahl zur Verwendung gelangt.

Nun ist in den letzten Jahrzehnten dem Stahl ein starker Konkurrent im Eisenbeton entstanden. Beton ist eine Mischung aus Sand, Kies und Zement und in der Herstellung außerordentlich billig. Es hat jedoch den gleichen Nachteil wie Holz: Es kann fast nur Druckkräfte aufnehmen; Zugkräfte fast gar nicht. Ueberall da, wo Zugkräfte auftreten, hilft man sich durch Eiseneinlagen, man erhält den sogenannten Eisenbeton. Trotzdem also auch hier das Eisen nicht vermieden werden kann, wird das Material immer noch bedeutend billiger als Eisen, wenn nur die wirkenden Kräfte nicht allzu groß werden. Bei sehr großen Kräften allerdings würden die erforderlichen Betonmassen so gewaltig werden, daß technisch die Konstruktion nicht mehr möglich wird. Hinzu kommt, daß bei größeren Belastungen der Beton Risse bekommt, dadurch das Eisen bloßlegt und damit das Rosten befördert, ohne daß man etwas dagegen tun kann. Daher hat z. B. die Deutsche Reichsbahn vorläufig noch den Bau von Eisenbetonbrücken für ihre Zwecke verboten. Für leichte Brücken, insbesondere für Straßenbrücken, bis etwa 100 Meter Stützweite, ist der Eisenbeton im allgemeinen dem Eisen überlegen.

Man soll sich allerdings davor hüten, nun Eisenbeton etwas aus schönheitlichen Gründen überall verwenden zu wollen. So ist es z. B. lächerlich, reine Bogenbrücken über der Fahrbahn aus Eisenbeton zu machen, da hier teilweise reine Zugkräfte auftreten, zu deren Aufnahme man ja doch Eisen braucht, das dann nur mit Beton ummantelt wird. In solchen Fällen ist der Beton nur eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Für Fabrikhallen und für Hochhäuser wird im allgemeinen der Beton immer unwirtschaftlicher sein, weil hier die notwendigen Betonstützen viel mehr Raum wegnehmen als das Eisen und weil im allgemeinen jeder Quadratmeter Bodenfläche bei den heutigen Preisen so teuer ist, daß eine eventuelle Ersparnis an Baustoff längst wieder weit gemacht wird.

Für gewöhnliche Geschäftshäuser dagegen kann der Eisenbeton dem Eisen wohl überlegen sein, was Billigkeit anbetrifft. Es muß allerdings gesagt werden, daß die Herstellung von Eisenbetonhäusern länger dauert als die von Häusern mit einem Eisenskelett (Stahlskelettbauweise) wegen der zum Austrocknen des Betons erforderlichen Zeit. Wenn man gar zum Serienbau übergehen kann, werden wiederum die Stahlskelettbäuser dem Eisenbeton überlegen sein. Aus diesem Grunde sind auch die Gittermasten von Ueberlandleitungen stets aus Stahl, da sie serienweise hergestellt werden können.

Die Stahlbauweise hat jetzt einen neuen bedeutenden Antrieb dadurch erhalten, daß jetzt auf allen Gebieten das elektrische Schweißen sich einzubürgern beginnt, statt des bisher fast ausschließlich üblichen Nietens. Dadurch kann man bis zu 30 Prozent Material sparen und außerdem noch an Herstellungskosten. Wenn die Schweißverfahren nur erst die genügende Sicherheit und Güte gewähren (und das ist nur noch eine Frage der Zeit), so wird bald das Nietens verdrängt sein. In anderen Ländern (Belgien, Schweiz, Amerika) ist man da schon wesentlich weiter als bei uns. Für den Betonbau bedeutet das ein weiteres Zurückweichen vor dem Eisen.

Man sieht, daß hier der Konkurrenzkampf technische Fortschritte erzielt hat, der Eisenbau hätte das Schweißen sicher nicht so rasch eingeführt, säße ihm der Eisenbeton nicht auf der Pelle. Daß auch dieser Fortschritt nur zum geringsten Teil der Allgemeinheit zugute kommt, ist selbstverständlich, solange es ein kapitalistisches System gibt. Als Ingenieure müssen wir trotzdem diesen Fortschritt unterstützen und propagieren, denn je fortgeschrittener die Technik ist, um so reibungsloser wird bei der Uebernahme der Macht durch die Arbeiterschaft die Wirtschaft wieder angekurbelt werden können. Wolf

nebeneinander liegender Kameras besorgt, deren Aufnahmewinkel also voneinander um ein geringes verschieden sind. Die Projektion der so aufgenommenen Filme erfolgt durch eine gleiche Anzahl von Projektoren, die hinter der Leinwand aufgestellt sind. Bei genauer Einstellung der Proportionen des Rasters vor und hinter der Leinwand zu der des projizierten Bildes erscheinen die aufgenommenen Filme dann auf den Zuschauerträumen zwischen den Rasterstäben. Für den Zuschauer wird das Stab- oder Rasterystem bei richtiger Wahl der Stababstände und Stababstände unsichtbar, indem er mit dem linken Auge gerade jene Bildstreifen sieht, die seinem rechten Auge durch Stäbe verdeckt sind und umgekehrt. Da nun die entsprechenden Bildstreifen unter verschiedenen Winkeln (verschoben) aufgenommen sind, entsteht ein plastischer Bildeindruck. Zur Vereinfachung der Wiedergabe durch einen Projektor sollen die unter verschiedenen Winkeln aufgenommenen Filme zunächst mit einer einzigen Kamera auf einen Filmstreifen aufgenommen werden, der dann mit normalen Projektionsapparaten auf die transparente Leinwand projiziert wird. Das neue Verfahren ist wegen seiner Kompliziertheit zwar noch nicht reif zur allgemeinen Einführung, doch dürfte seine weitere Entwicklung zur Vervollkommnung nur noch eine Frage der Zeit sein, da das Grundprinzip als zweckmäßig und technisch durchführbar erkannt worden ist.

Künstliche Alterung durch ultra-violette Strahlen

Eine solche Wirkung kann man mit Gummi zu Prüfzwecken erzielen. Es ist nämlich wichtig festzustellen, wie sich die Beschaffenheit des Gummis unter dem Einfluß der Zeit verändert. Dazu ließ man auf den Gummi mehrere Stunden lang heiße trockene Luft einwirken. Der so behandelte Gummi war dann mit einem älteren Material gleichen Ursprungs vergleichbar. Jetzt kann man dieses Verfahren durch die Verwendung ultravioletter Strahlen verbessern und beschleunigen. Wenn man den Gummi zehn Minuten mit einer Quarzlampe bestrahlt, ist er so hart und rissig geworden wie ein mehrere Jahre alter Gummi. Chemicus.

Kunstdünger aus Giftgas

Von der Firma Siemens u. Halske ist eine Methode zur Fabrikation einer neuen Kunstdüngersorte ausgearbeitet worden. Die Ausgangsmaterialien sind Phosgen und Ammoniak.

Dieses Verfahren ist in seinen Grundzügen zwar nicht neu, denn aus diesen beiden Stoffen stellt man schon lange den als ausgezeichneten Kunstdünger viel verwendeten Harnstoff her. Jetzt ist das Verfahren aber so abgeändert, daß man als Endprodukt ein Gemisch von Harnstoff und Salmiak erhält. Dadurch wird die Düngewirkung verstärkt. Die Erzeugung ist äußerst billig. Das Phosgen wird nämlich aus Kohlenoxyd und Chlor gewonnen. Beide Stoffe stehen in der Industrie in großen Mengen zur Verfügung, der Chlorvorrat (aus elektrolytischen Prozessen) übersteigt sogar teilweise den augenblicklichen Bedarf. Diese Tatsache zeigt wieder deutlich, daß die chemische Industrie zwangsläufig Kriegsindustrie sein muß. Die an sich nützliche Verwandlung gefährlicher Stoffe in lebenswichtige und entwicklungsfördernde Produkte wird aber im kapitalistischen System zur Verschleierung dieses Charakters mißbraucht. Chemicus.

WEISST DU SCHON

Daß die ersten Ergebnisse der Einführung der ununterbrochenen Arbeitswoche in der Sowjetunion überall Erhöhung der Produktion, Senkung der Gesteungskosten, Steigerung der Zahl der in der Produktion Beschäftigten zeigen? Im laufenden Jahre werden die gesamte Kohlen-, Naphtha-, Torf-, Industrie, der Landmaschinenbau, die Baustoff- und die Metallindustrie auf das ununterbrochene Arbeitsjahr umgestellt werden.

Daß in Nischni Nowgorod (Sowjetunion) die Montage für die neue Automobillabrik begonnen hat und am 15. Januar d. J. beendet sein wird? 15 Waggon Automobileteile stehen schon zur Verarbeitung bereit.

Daß im laufenden Jahr in Kiew (Sowjetunion) für Neubauten von einem Krankenhaus, einer Poliklinik und einem Sanatorium 2 Millionen Rubel verausgabt werden? Für diverse Ausgaben zur Verbesserung der Kuranlagen in Kiew sind 150 000 Rubel veranschlagt. Alle Einrichtungen der Kur- und Krankenhausanlagen sind nur für Arbeiter bestimmt, während in den kapitalistischen Ländern nur die Bourgeoisie sich „erholen“ kann.

Waldenburger Bergland

Bergarbeiter d. Melchiorgrube heraus!

am Sonntag, 18 Uhr, findet im Lokal „Friedenshoffnung“ in Dittersbach, eine öffentliche Belegschaftsversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Der Ausgang der Lohnverhandlungen.
2. Betriebsrätewahlen der Melchiorgrube.
3. Bericht vom Oppositionskongress.

Die oppositionellen Betriebsräte der Melchior-Grube:
Becker, Hoffmann, Kleinadam.

Aus der Gemeindevertretersitzung Nieder-Salzbrunn

Aus den Verhandlungen der letzten Gemeindevertretersitzung in Nieder-Salzbrunn sei folgendes hervorgehoben: Bei der Aussprache über die Kassenprüfung nahm Genosse Großer nochmals zu den von der Regierung festgesetzten, so unerhört hohen Steuergeschlägen Stellung. Die Steuerzahler müssen gegen diese Festsetzung kämpfen, die Gemeinde müßte bei Nichtbezahlung einen Exekutor anstellen und es könnten nicht genügend Räume aufgebracht werden, um die gepfändeten Sachen unterzubringen. Die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten haben um Milderung und langfristige Zahlung der Raten gebeten und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt sind, zu zahlen. Zu dem Antrag des Haus- und Bodenmeisters Scharf auf Erhöhung seiner Entschädigung erklärte unser Genosse Großer, wenn die Frau eines Beamten für eine Kur 500 Mark erhält, ohne überhaupt einen Finger für die Gemeinde gekrümmt zu haben, dann muß eine Frau, welche im Dienste der Gemeinde tätig ist, bezahlt werden. Klenner (Bürgerlich) beantragte, die Maschinen der Wäscherei zu verkaufen und das Unternehmen zu verpachten. Genosse Großer wandte sich scharf dagegen. Es wurde beschlossen, der Frau des Scharf in den Monaten, in denen er keine Entschädigung für das Freizeid erhält, monatlich 20 Mark für ihre Mitarbeit zu zahlen. Die Entschädigung für die Wahlvorstände stand wiederum auf der Tagesordnung. Der Gemeindevorsteher lehnte die Entschädigung unter Hinweis auf den § 88 der Landgemeindeordnung ab. Darauf erklärte Genosse Bartsch, daß es merkwürdig sei, hier den § 88 anzuziehen, dagegen wurde bei früheren Beschlüssen nach der Dedung nicht gefragt, wo es sich um Extragrattifikationen an Gemeindebeamte handelte. Wer hier handelt es sich doch um einige arme Teufel, für diese gibt es einen § 88. Jetzt liegt die Entscheidung beim Kreisaußschuß, da der Beschluß bestehen bleibt. Vom Vorsteher wurde vorweg gesagt, der Kreisaußschuß würde es ablehnen.

Die Anfrage des Genossen Großer, ob es zutrifft, daß Maria Wisjorje eine Neubaubehaltung erhalten soll und was mit der Wohnung in Neu-Salzbrunn werde, beantwortete der Vorsteher, daß es „nicht hierher gehöre“. Ein Vergleich mit der Firma Zimmerstädt führte zu einer längeren Aussprache. Ein Termin der Porzellan-Manufaktur mit Zimmerstadt fiel zugunsten der Porzellan-Manufaktur aus. Jetzt soll ein Vergleich mit der Gemeinde geschlossen werden. Gegenstand einer Aussprache war auch der neu angelegte hohe Zaun um das Freizeid, welcher ohne Zustimmung des Bauausschusses und der Vertretung gemacht worden ist. Auf eine Anfrage wurde erklärt, dieser steht mit im Voranschlag bei den Neubauten.

Tödliche Folgen. Im Knappschützlagarett verstarb jetzt die Gattin des Konservatoriumsdirektors Herzog, die kürzlich von einem Auto erfaßt und schwer verletzt worden war.

Beißstein. Fußball. Am Sonntag traten vier Mannschaften vom Sportverein „Hochwald“ Hermsdorf gegen „Wler“-Beißstein auf dem Beißsteiner Sportplatz zu den Retourspielen an. Die erste Elf Beißsteins, welche schon in Hermsdorf überlegen spielte, aber sich nur mit 1:1 trennte, mußte diesmal die Torchancen aus und errang einen 6:0-Sieg. Auch die zweite Elf von Beißstein war die bessere und gewann mit 4:1. Die ersten Jugend-Mannschaften waren sich ziemlich gleich und trugen ein sauberes Spiel aus, welches mit 5:5 endete. Die zweite Jugend-Mannschaft von Beißstein gewann mit 4:0. Die dritte Elf wartete wieder vergebens auf ihren Gegner.

Oberes Revier

Die Gesangsstunde des Arbeiter-Musikvereins „Liebtsucht“ findet erstmalig am Freitag 19 Uhr im Gasthaus „Zum Frieden“ (bei Knoblich) statt, dann regelmäßig jeden Freitag. Alle Freunde des proletarischen Gesanges sind dazu eingeladen.

Fellhammer. Familienabend. Am Sonntag findet im Gasthof „Zum Wandrausch“ in Fellhammer ein Familienabend des Arbeiter-Gesangs- und Musikvereins „Liebtsucht“ statt, wozu die Mitglieder aller proletarischen Organisationen eingeladen sind. Die Übungsstunden der Kapelle finden Sonntag vorm. 9 Uhr im Wandrausch statt. Diejenigen, welche noch der Kapelle beitreten wollen, können sich dort melden. Alle Arbeiter, welche irgendein Instrument spielen, werden ersucht, dem Verein beizutreten, desgleichen auch Sänger und Sängerinnen.

Freiburg

Ein öffentlicher Vortrag von der Freireligiösen Gemeinde findet am Freitag um 19.30 Uhr im „Gesellschaftshaus“ statt. Thema: „Volk gegen Staat.“

Verhaftung einer Hochstaplerin. Hier wurde eine Frau aus Gottesberg verhaftet, die sich als Hochstaplerin betätigt hatte, indem sie unter verschiedenen falschen Vorwänden ein Haus kaufte und es gleich neu einrichtete. Die meisten Beteiligten konnten sich noch schadlos halten.

Schwednitz

Schweres Unglück an einer Schrotmühle. Auf der Besichtigung des Gutsbesizers Martin Scholz in Willau ereignete sich ein gräßliches Unglück. Der Gutsbesitzer hatte eine Schrotmühle älterer Bauart mit elektrischem Antrieb versehen lassen. Als die Maschine nun wieder benutzt wurde, plähten die Steine. Der Wirtschafter Bernhard

Meinert wurde von einem Stein getroffen und nach kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Auch dem Gutsbesitzer Scholz wurde die linke Stirnseite eingedrückt, so daß er sehr ernst zu bedauern ist.

Bolkenhain

Schwere Verantwaltungen. In der Gemeindevertretersitzung in Altreichenau kamen die Beschlüsse im Gemeindebüro zur Sprache. Es wurde festgestellt, daß Gelder veruntreut und Urkunden und Listen durch vorsätzliche Brandstiftung vernichtet wurden. Es fehlen auch zahlreiche amtliche Schriftstücke.

Niederschlesien

Görlitz

Heute: „Putsch der Kommunisten“!

Donnerstag 20 Uhr im Rongert Haus wird der Putschplan der Kommunisten in öffentlicher Versammlung besprochen. Arbeiter, Angeheile, Erwerbslose, erscheint zahlreich!

Betriebsunfall in der Tunitz

Ein Arbeiter schreibt uns: In kaum zwei Zeilen berichtet die hiesige bürgerliche Presse von einem Betriebsunfall. Ein Arbeiter wurde von einer Transmission erfaßt und erheblich verletzt. Wir Arbeiter, die wir bei hasternder Arbeit täglich ein Opfer der gleitenden Wänder werden können, wissen, welche Tragödie in diesen wenigen Zeilen liegt. Durch Unvorsichtigkeit angetrieben, muß von früh bis abends gearbeitet werden; ohne Rücksicht auf Gesundheit und Leben. Meist unzureichende Schutzvorrichtungen erhöhen diese Gefahr. Arbeit ist Arbeit, aber wer sich nicht täglich dahinnordet, kommt nicht auf seinen Verdienst und wird mit Entlassung bedroht. Die Furcht vor der Entlassung, vor der Erwerbslosigkeit, ist es, was viele Männer und Frauen vom Kampfe gegen diese Ausbeutung abhält. Diesen Arbeitern und Arbeiterinnen wollen wir sagen, daß sie der Unternehmer trotzdem zu gegebener Zeit auf die Straße werfen wird, und ihren Platz mit neuen und frischen Kräften besetzt. Nur in einem Lande, in Sowjetrußland, wird die Arbeitskraft geschützt. Jede technische Verbesserung bedeutet dort verstärkten Schutz der Arbeitskraft und der Gesundheit jedes einzelnen Arbeiters.

Selbstmordversuch. In der Judenstraße vergiftete sich ein 20jähriges Mädchen mit Leuchtgas. Wiederbelebungsversuche waren noch von Erfolg.

Grünberg

Wie die Alten singen, so zwitschern auch die Jungen

In letzter Zeit mehren sich die Beschwerden über Schüler, deren Herkunft durch die weißen Mähen erkennlich ist. Im Munde der Volksschüler werden sie allgemein als Neudeitscher bezeichnet. Erst kürzlich konnte man beobachten, wie eine alte Frau, an deren Äußeren das ganze Elend der Arbeiterklasse zum Ausdruck kam, von diesen Lämmeln in gemeiner Weise angepöbel wurde. In voriger Woche prügelte sich ein Knabe dieser „besseren“ Jugend auf dem Postplatz. Ein Arbeiter beobachtete das und wollte dadurch, daß er die Burschen auseinanderbrachte, das Verkehrshindernis beseitigen. Einen besonderen Grad von Bildung bewies dabei ein 12-13jähriger Bengel, der dem Arbeiter mit den Worten entgegentrat: „Sie haben gar nichts zu sagen, ich werde Sie anstellen!“ Geht, getan. Der Bengel zeigte den Arbeiter an bei seinem Vater, der in Grünberg Polizei-Dezernent und Oberbürgermeister ist. Die Polizei wurde in Bewegung gesetzt, der Arbeiter mußte sich vor dem Polizeioberhaupt verantworten, und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre der Arbeiter für sein anerkanntwertes Verhalten noch bestraft worden. Wenn es das Kind eines Arbeiters gewesen wäre, das diese Kowerei gegenüber einem Bürgermeister getan hätte, so wäre es zweifellos reif für die Zwangserschließung gewesen. Dieser Fall zeigt, wie den Kindern der Bürger in frühesten Jugend der Klassendünkel eingeschämmt wird. Arbeiter, lernt davon!

Die öffentliche Versammlung in Kontopp war gut besucht. Genosse Matus Grünberg sprach über das Thema „Faschistische oder

proletarische Diktatur“. Die Ausführungen des Redners fanden bei den Anwesenden großen Anklang. Im Schlußwort sprach Genosse Matus über das fortschreitende Sowjetrußland.

Die Beratungskette für Erwerbslose ist nach dem „Goldenen Frieden“ verlegt worden. Sprechstunden: Montag und Freitag von 9 bis 17 Uhr.

Ein russischer Professor spricht. Wie verkauert, wird in nächster Zeit auf Einladung der Volksbühne Genosse Professor Samoilowitsch Pennington über die „Krasin-Expedition“ zur Rettung der Malmgreen-Gruppe, deren Führer er war, einen Vortrag in Grünberg halten.

Neusalz

Faschisten-Intermezzo!

A. R. In der letzten Parteiversammlung stritten sich die national- und sozialfaschistischen Hausknechte der Ausbeuter um den Rang. Mit scheinsozialen Phrasen versuchten beide den anwesenden Arbeitern ihre Verbotsbeschlüsse plausibel zu machen. Wohl nahm der Parteiführer Filizus aus Hinderburg Stellung gegen die ungeheuren Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden der Monopolkapitalisten und ihrer sozialfaschistischen Henkersknechte, aber er verweigerte, daß die Faschistenbanditen vom selben Schlege sind. Der Sozialfaschist Simon (WdL) mit seinem im Saale anwesenden Reichsbannerhelden und Höggele-Astafalen ging mit hohen Phrasen über die Unwürde des Referenten hinweg. Die Genossen Weinert und Matus zeigten die vertrittliche Rolle beider Parteien auf und rechneten sowohl mit den Nazis als auch mit den Sozialfaschisten scharf ab. Die im Saale anwesenden christlichen Arbeiter erkannten sehr schnell, daß nur der revolutionäre Klassenkampf, geführt von der kommunistischen Partei, die Arbeiter vom Hungerelend befreien kann!

Glogau

Ein Schulknabe spurlos verschwunden

Der 14jährige Sohn des Obermeisters Stumpe vom Dominium Tappendorf ist am Dienstag vormittag mit einem Damenfahrrad zur Schule nach Glogau gefahren, dort aber nicht eingetroffen. Fußspänger fanden am Weg den Schulknaben des Knaben und benachrichtigten den Vater. Dieser suchte den ganzen Mittwoch über den Kreis Glogau nach seinem spurlos verschwundenen Sohne, jedoch erfolglos. Von dem Knaben fehlt jede Spur. Er hatte ein Hänel-Rad bei sich, trug eine lange, blaue Hose, Manchesterjacke, braune Wintermütze und Schürstiefel. Der Verschwundene war für sein Alter kräftig entwickelt.

Putsch der Kommunisten?

Ueber den Aktionsplan der KPD. wird in folgenden Versammlungen gesprochen:

- Krausendorf: Donnerstag, 20. Februar, 20 Uhr, „Gerichtskreishaus“.
- Grünberg: Donnerstag, 20. Februar, 20 Uhr, Goldener Frieden.
- Liegnitz: Freitag, 21. Februar, 20 Uhr Restaurant „Zum Haag“.
- Glogau: Freitag, 21. Februar, 20 Uhr, „Domizel“.
- Schlaun: Freitag, 21. Februar, 19.30 Uhr, im Lokal zur „Stadt Del“.
- Raunach: Sonntag, 23. Februar, 14.30 Uhr, im „Reichshof“.

Niederlage der Bürokraten des Baugewerksbundes Liegnitz

Genosse Wollweber aus dem Verband ausgeschlossen!

In der letzten Versammlung des Baugewerksbundes Liegnitz, die vor einigen Monaten stattgefunden hat, wurde beschlossen, den Genossen Wollweber-Breslau zu einem Referat in einer Mitgliederversammlung einzuladen. Nachdem diese Versammlung durch die Gewerkschaftsbürokraten unter den wichtigsten Gründen verschiedene Male verschoben wurde, hat sie am letzten Dienstag stattgefunden. Selbstverständlich war Genosse Wollweber erschienen, um dem Mehrheitsbeschuß der Mitglieder gemäß über die wirtschaftliche und politische Lage zu sprechen. Außer dem Angestellten des Baugewerksbundes Höher-Liegnitz war (sicher zur Verstärkung deselben) von der Bezirksleitung des Baugewerksbundes Schmidt aus Breslau erschienen. Mit den verschiedensten Mitteln versuchten sie zunächst einen neuen Beschluß zu fassen, um den Genossen Wollweber nicht sprechen zu lassen.

Das Ergebnis einer einstündigen Geschäftsordnungsdebatte aber war, daß die erschienenen Arbeiter kläglich verlangten, den Genossen Wollweber anzuhören.

Die Bürokraten hofften aber trotzdem noch, den Genossen Wollweber am Sprechen hindern zu können, indem sie zu einer geheimen Abstimmung schritten, die aber eine Niederlage der Gewerkschaftsbürokraten brachte. Der übergroße Teil der anwesenden Bauarbeiter stand auf Seiten der revolutionären Gewerkschaftsopposition. 136 gegen 89 Anwesende entschieden sich in geheimer Abstimmung dafür,

daß Genosse Wollweber sich ausführlich mit der demokratischen Politik der Gewerkschaftsopposition auseinandersetze und Zweck und Ziel der Gewerkschaftsopposition aufzeige. Der Vertreter der Bezirksleitung versuchte in einer halbständigen Rede dem Genossen Wollweber entgegenzutreten. Durch ein Versehen des Vorsitzenden wurde bald nach dem Referat die Versammlung geschlossen, so daß es dem Genossen Wollweber nicht möglich war, das Schlußwort zu halten. Ueber das Referat und die Ausführung des Korreferenten werden wir noch berichten.

Charakteristisch für die Gewerkschaftsbürokraten ist, daß sie versuchen, auf Grund eines erlogenen Berichtes über den Gewerkschaftslongtreß durch einen Polizeispion den Ausschluß des Genossen Wollweber zu begründen. Kollegen, protestiert energisch gegen das Vorgehen der Spalter der Gewerkschaften.

Kämpft gegen den Ausschluß des Genossen Wollweber und aller anderen Genossen, setzt euch auf das entschlossenste für die Wiederaufnahme aller bereits ausgeschlossenen oppositionellen Kollegen ein!

Zeigt den Bürokraten, daß ihr unter Führung der Gewerkschaftsopposition Schluß machen wollt mit dem verberblichen Einfluß des Reformismus und der Wirtschaftsdemokratie, daß ihr eure Gewerkschaften zu Kampforganisationen des Proletariats gegen das Unternehmertum ausbauen werdet.



MAGGI'S Würze

ist würdevoll würdevoll

für Suppen · Soßen · Gemüse · Salate

Oberschlesien

40 Traktoren für die Sowjet-Union!

Aufruf der Internationalen Arbeiterhilfe

In allen Ländern verfolgen Millionen Arbeiter und Werktätige mit großem Interesse den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Millionen Arbeiter haben in den letzten Monaten in mächtigen Kundgebungen erneut für die Sowjetunion demonstriert und je enger der imperialistische Krieg droht, um so klarer zeigt sich die Bereitwilligkeit von vielen Tausenden, mit ihrem Leben den imperialistischen Kriegsverbrechern abzuwehren und die Sowjetunion zu verteidigen. Aber das allein genügt nicht.

Es gilt vielmehr, sofort alle technischen und finanziellen Kräfte des Weltproletariats zur unmittelbaren Unterstützung des sozialistischen Aufbaues in der U.S.S.R. zu mobilisieren.

Die Arbeiterklasse hat zwei Mittel, den wirtschaftlichen Aufbau in der U.S.S.R. zu unterstützen:

Verstärkung des Klassenkampfes im eigenen Lande und Mobilisierung aller finanziellen Kräfte zur aktiven Unterstützung der sowjetrussischen Wirtschaft.

Den ersten Schritt zur praktischen Verwirklichung dieser Aufgaben hat die Internationale Arbeiterhilfe getan. Um die sowjetrussische Wirtschaft zu unterstützen, hat die I.A.H. neben anderem zwei große Güter bei Moskau mit über 2000 Hektar Land übernommen. Die I.A.H. hat sich verpflichtet, diese Güter mit den modernsten landwirtschaftlichen Maschinen auszurüsten, zu kultivieren auszubauen und Traktorenstationen zu schaffen, die auch helfen

solten, das Land der Bauern in der Umgebung der Güter zu bebauen.

40 Traktoren nach Rußland schicken, das ist das Ziel, das sich die I.A.H. gestellt hat. Wir wenden uns heute mit diesem Aufruf an alle Freunde der U.S.S.R., um bei der Durchführung dieser wichtigen Aktion zu unterstützen. Hier bietet sich die Möglichkeit, mit den kleinsten Beiträgen eine praktische Unterstützung der sowjetrussischen Wirtschaft zu geben, aktiv bei der Durchführung des Fünfjahresplanes mitzuhelfen. In allen Versammlungen, Betrieben, Fabriken und Werkstätten muß dazu Stellung genommen und eine Sammlung durchgeführt werden.

Im Jahre 1921 hat die I.A.H. auf 40 Schiffen 40.000 Tonnen Lebensmittel in die Wolgagebiete geschickt. In diesem Jahre haben wir uns die Aufgabe gestellt, 40 Traktoren zu senden.

Wenn alle helfen, braucht der einzelne nur wenig geben. Arbeiter und Angestellte, Freunde der Sowjetunion. Fordert sofort Werbematerial, Sammellisten, Prospekte und Broschüren über die Güter der I.A.H. in der U.S.S.R. und unsere Traktorenhilfe.

Sendet gesammelte Beträge sofort auf Postcheckkonto Georg Dänninghaus, Berlin SW, 768 06 (Traktorenhilfe). Auch der kleinste Betrag hilft. Vorwärts! Zur Unterstützung des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion.

Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe,
Reichsvorstand der Internationalen Arbeiterhilfe,
Berlin SW 48, Friedrichstraße 235, Portal 11.

Gleiwitz

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands, Bezirk Oberschlesien

Aus der Organisation des KJVD wurde ausgeschlossen der ehemalige Genosse Alfred Janowski. Er veruntreute Gelder der Organisation. Wo man ihn mit dem Mitgliedsbuch trifft, ist ihm dasselbe abzunehmen.

In Ratibor sind die Gebr. Widera wegen Unterschlagung ausgeschlossen worden. Genossen und Arbeiter aus den proletarischen Organisationen sind gewarnt, diesen Karoideuren an der Jugendorganisation irgend etwas anzuvertrauen.

Bezirksleitung des KJVD, Gleiwitz.

Verband für Freiberufertum und Feuerbestattung. Sonnabend, den 22. Februar, um 20 Uhr, im Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Cmldehstraße, Diskussionsabend mit Referat. Gäste sind willkommen.

Hindenburg

Verband für Freiberufertum und Feuerbestattung. Sonntag, den 23. Februar, um 15 Uhr, im Gewerkschaftshaus Zabozge (Zimmer 5), Generalversammlung. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht, daß alle Genossen und Genossinnen erscheinen. Die noch nicht abgeholtten Mitgliedsbücher gelangen gleichfalls zur Maßgabe.

Oppeln

Dulch der Kommunisten?

Der Aktionsplan der Kommunistischen Partei

Darüber spricht der Landtagsabgeordnete Jean Winterich-Köln am Freitag, dem 21. Februar, 19 Uhr, in Oppeln, im alten Schützenhause (Obervorstadt), in einer öffentlichen Versammlung. Arbeiter, Angestellte, erscheint in Massen!

Prüfung bei den Arbeiter-Samaritern!

Im Beisein von Vertretern der Behörden, Krankenkassen, der Gewerkschaften und des Bezirksrates fand am Freitag, dem 14. Februar, im Saale des alten Schützenhauses die Abschlußprüfung der Teilnehmer des Winterjahrs 1929/30 durch den Kommissar Dr. Kwozjel statt. Dieser Prüfung, der sich zehn Prüflinge unterzogen, um den Nachweis zu erbringen, daß sie alles das, was sie zur ersten Hilfeleistung bei ihren Mitmenschen brauchen, auch können. Die übertriebene wie auch die nachfolgende praktische Prüfung interessierte nicht nur die Beteiligten, sondern auch die zahlreichen Gäste und zeigte, daß zu einer sachgemäßen Behandlung in Notfällen ein umfangreiches Wissen vorhanden sein muß, wenn dem Mitmenschen wirklich geholfen werden soll. Nach circa zwei Stunden konnte dann Herr Dr. Kwozjel den Prüfungsteilnehmern das Zeugnis ausstellen, daß sie ihre Prüfung bestanden hatten. Aufmerksam nahmen diese unter dem Glückwünschen der Anwesenden ihre Zeugnisse in Empfang. Herr Dr. Kwozjel war auch der Vorsitzende der Kolonne verdammten dabei nicht, aufmerksam zu machen, daß das bisherige Wissen nur die Anfangsgründe darstellen und jeder der neuen Samariter durch Teilnahme an den zukünftigen Kursen sich weiterzubilden muß, wenn er den an einen tüchtigen Samariter gestellten Anforderungen genügen will.

Auch diese Prüfung zeigte der Öffentlichkeit auf, daß jeder Hilfsbedürftige sich vertrauensvoll bei Unfällen an die Arbeiter-Samariter wenden kann, wo ihm sachgemäße Hilfe bis zum Erscheinen des nächsten Arztes geleistet wird. Der nachfolgende Teil hielt Gäste und Samariter noch lange in bester Stimmung zusammen.

Generalversammlung des Bauergewerksbundes

Die Generalversammlung der Bauarbeiter Oppelns fand am 16. Februar statt. Gleich zu Beginn der Tagung setzte die nötige Spannung ein, da die Delegierten nicht einsehen wollten, daß der Bauergewerksbund (Oppeln) die Sammlung zum Bau des Gewerkschaftshauses allein anfängt. Ein Antrag der Opposition, die Bauorganisationen für Erwerbshilfe und Ausgewertete nicht anzuerkennen, ist bewusst sabotiert worden, erst auf Druck der Delegierten mußte der Antrag zur Abstimmung gebracht werden, und ist auch angenommen worden. Die Zahlstelle Oppeln hatte an den Magistrat und den Landrat einen Antrag eingereicht zwecks einer Winterbeihilfe für Erwerbshilfe und Ausgewertete. Ueber die Erwerbshilfe läßt der stellende Schatzwart einen Satz fallen: „Wo nichts ist (bist mir meint: wo das nötige Geld), kann man auch nichts bekommen.“ Er

vergibt aber zu sagen, was der Magistrat, mit dem „Sozi“ Berger an der Spitze, für unnütze Gelder hinauswirft. Der Kollege Weber (Fachgruppe Döpper) ist für strikte Abweisung des zweiten Vorsitzenden, welcher von der Opposition (Kollege Pazulla) befehligt ist. Das gelang auch durch Verleumdungen höchster Art. Nachdem der treue Klugny den ersten Vorsitzenden losgeworden ist, und auf den zweiten Vorsitzenden kandidierte, war auch der „alte“ Kollege Weber befehligt. Selbst Klugny hing mit Herz und Hand am Vorstand. Nichts Schlimmes konnte man dem Kollegen Pazulla nachsagen, man mußte ihm sogar ein gutes Zeugnis ausstellen, deshalb die übelste Peze. Der Kollege Stach erlaubt allen verblumten Clementen, wie Kriegervereiner, Kandidaten auf deutschnationalen Listen usw. die Bezeichnung von Funktionärposten in der Gewerkschaft, nur keinem Kommunisten. Der Kollege Schmidt von der Bezirksleitung hielt auch ein kurzes Gebet und sagte den Delegierten, daß die Arbeiter „an ihrer elenden Lage selbst schuld sind.“ Jawohl, wir sind schuld, weil wir mit euch Bonzen noch nicht ausgeräumt haben. Er empfiehlt gegen Unorganisierte scharfes Vorgehen. Gegen den Unternehmer empfiehlt er traute Harmonie. Aber gemacht, ihr Reformisten, wir sind unterlegen, aber nicht geschlagen, wir werden weiter arbeiten und unsere ganze Kraft einsetzen im Sinne der revolutionären Opposition, für eine Kampforganisation und nicht für einen Unterstützungsverein. Bauproleten, an die Arbeit, fahrt die Opposition, hinein in die Gewerkschaft, um dieser Futtertrippelpolitik ein Ende zu machen.

Mitgliederversammlung der Internationalen Arbeiterhilfe. Am Sonntag, dem 16. Februar, fand im Saale des Gasthauses Jonien die jährliche Mitgliederversammlung statt. Mit Interesse folgten die anwesenden Frauen den Ausführungen des Vorsitzenden über „Die Frau im Wirtschaftsleben“, wobei der Referent die Rechte und Pflichten der Frau in der Geschichte skizzierte. Zu der heutigen Zeit übergehend, wies er das bewußte Niederhalten der Frau durch die heutigen maßgebenden Kräfte nach und forderte am Schluß die aktive Mitarbeit aller Frauen zu ihrer eigenen Befreiung von wirtschaftlicher wie auch politischer Bevormundung auf. Nur die aktive Mitarbeit an diesem Befreiungskampf, der ein Teil des Klassenkampfes

der Arbeiterklasse ist, wird den Frauen die entsprechenden Rechte geben. Es wurde eine Frauenleiterin gewählt, die sich im Verein mit den weiblichen Mitgliedern der Organisation und Erhaltung der Frauenwitwen soll. Der nachfolgende Bericht von der Literatursitzaktion durch den Kassierer ergab, daß circa 1000 Mark für die Unterstützung Bedürftiger verwendet wurden. Die anwesenden Revisoren bestätigten diesen Bericht. Auch in diesem Jahre soll, wie in vergangenen Jahren, eine Sommerveranstaltung stattfinden, und zwar möglichst, nach der Aussprache der Anwesenden, im Monat Juli. Einige kleinere Punkte beendeten die Versammlung. U. a. sprach dabei der Vorstand die Erwartung aus, daß reichliche freiwillige Spenden seitens der Arbeiterklasse für die im Reichsmasse anzukaufenden Traktoren für die Güter der I.A.H. in Sowjetrußland eingehen.

Freie Turnerschaft Oppeln. In der Vorrunde zur Ermittlung des Bezirksmeisters im Handball des 5. Bezirks fanden sich am Sonntag, dem 16. Februar, die zwei ausführendsten Mannschaften freie Turnerschaft Neustadt und Freie Turnerschaft Oppeln gegenüber. Das Spiel wurde auf einem mit Schnee und Wasser bedeckten Spielfeld ausgetragen, wobei beide Mannschaften in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt wurden. Gleich zu Beginn des Spieles macht sich eine Überlegenheit der Oppelner bemerkbar, die aber ihre Torchancen nicht auszunutzen verstanden. Bis zur Halbzeit stand das Spiel 0:0.

Nach der Halbzeit legten sich die Oppelner mächtig ins Zeug und können im Laufe der zweiten Halbzeit drei Tore ins Neu-

Fünfzehn Mark

sammelten in kürzester Zeit zwei Hirschberger Genossen für die Traktorenhilfe der IAH.

Gib auch Du!

städter Heiligtum senden. Neustadt bemüht sich vergeblich, das Ehren-tor zu erringen und bricht das Spiel sechs Minuten vor Schluß wegen Kälte ab. Somit hat sich die Freie Turnerschaft Oppeln die Führung in der Handballserie gesichert, und es dürfte dem Verein im fünften Bezirk gelingen, ihr den Titel als kommender Bezirksmeister streitig zu machen, da Neustadt als der stärkste Gegner angesehen wurde.

Zu bemerken wäre noch, daß der Schiedsrichter Josef Saqua dem Spiel gar nicht gewachsen war, und man doch zu Serienpielen Schiedsrichter aus dem 1. Bezirk heranziehen soll. Wir möchten dem Schiedsrichter empfehlen, sich etwas mehr theoretisch mit Handballfragen zu befassen. Dem Spiel wohnten 160 Zuschauer bei.

Winterergänzen der Arbeiterwehr

Zu dem am Sonnabend, dem 22. Februar, im Alten Schützenhaus stattfindenden Winterergänzen der Arbeiterwehr (Oppeln Vorstadt) laden wir die Arbeiterklasse und die uns Nahestehenden freundlichst ein. Der Arbeiter-Schalmelverein spielt.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Donnerstag u. Freitag, 5 und 8 Uhr:

Geheimnisse des Orients

Nuri, der Elefant!

Ein Film von Lola Kreutzberg

Kinder haben Zutritt. Erwerbslose, Kinder, Kleinrentner bis 5.30 Uhr nur 25 Pfg. 50 Pfg. auf Besucherausweis, 70 Pfg. für alle anderen Besucher.

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Mohry, Breslau, Hirschstr. 69

Beerdigungsanstalt
C. Heymann
II Bestattung & Versicherung
Überführung
und Feuerbestattung
Klosterstr. 97 — Zweiggeschäft Gräb-
löhner Straße 87 — Telefon 557 47

Donnerstag/Freitag
volkstümliche Preise!
Grüne Heringe . . . Pfd. 19
2-3 auf Pfd. 5 Pfd. nur 90
Grüne Heringe . . . Pfd. 30
3-5 auf Pfd. 5 Pfd. nur 1.40
Seelachs ohne Kopf . . . Pfd. 32
Kabeljau ohne Kopf . . . Pfd. 38
Schellfisch Pfd. 38
Goldborst Pfd. 40
Korlets Pfd. 75
Rotzunge groß 85
Frisch aus dem Rauch:
Seelachs 1/4 Pfd. nur 14
Seezoo 1/4 Pfund nur 23
Eine besondere Delikatesse
Rollmops in Gelee Stück 20
Probieren Sie selbst!
1-Liter-Dose 9 St. Inhalt nur 1.25

Nordsee
Breslauer
Fischballen
Deutschlands größter Fischhandel
Baharzer Str. 2 — Schmiedebriicke 19 u. 59
Herrn Schweiditzer Straße 18
Anderossensstraße 2 — Gräbchenstr. 8

B. Thiemann, Beerdigungs-Anstalt
Breslau 10, Matthiasstr. 124
Fernruf 21 602
Inhaber: **Erich Müller**

Gustav Putzke, Breslau
Kletschkastr. 15 u. Bänderplatz 12
die billige Einkaufsquelle in
ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Oelsardinen
circa 10—12 Fische Inhalt
1 Dose 0.50, 3 Dosen 1.45
Hans Winkler
Breslau, Lützowstraße 16

Feinbäckerei
Giegrizried Friedländer, Breslau 1
Oblauer Str. 39. Zweiggeschäfte: Alt-
bückerstr. 55, Tauenzgenstr. 2, Goethe-
str. 24, Höfchenstr. 16, Roßstr. 41, Hohen-
zollernstr. 37/39, Gartenstr. 60

M. Kricke
empfiehlt
Lebensmittel aller Art
Reelle Bedienung · Niedrigste Preise
Breslau, Löschstraße Nr. 17
9 Prozent Rabatt

Arbeitshofen
von 4.50 bis 24 Mk.
Selbstanfertigung,
da konkurrenzlos
Breslau
Burgstraße 7
Krywalski

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selonkestraße 17 Michaelisstr. 8
Bieten an:
Vom Faß gegen Kasse
Breslauer 32% = 2.85
Weinbrand-Verschnitt . . . 38% = 3.45
Weinbrand echt 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jama.-Rum-Verschnitt 3.70
Himbeersaft 2/er Liter 1.35
(1 Liter über 2% Pfund)

98% Prima Spirit . . . per Liter 7.00
Total-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Caracas, Goldwasser, Dufourde,
Crème de Cacao, Stouardier, Allardi
Bismarck, Rose, Frosch, Sherry
Brandy, Kurirsal, Magen, Halb und
Halb etc.

18giltich frische
See-Fische, Fluß-Fische
Wild u. Geflügel bei
Will Hanke
Schweidnitz, Langstraße 29